:antifaschistische nachrichten Nr. 2

g 3336 X.X.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Küssel verurteilt

Österreich/Wien. Das Straflandesgericht in Wien hat am 11. Januar die Urteile im Prozess gegen den Neonazi Gottfried Küssel und die Mitangeklagten Felix B. und Christian A. gesprochen. Küssel, ehemaliger Chef der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), wurde zu 9 Jahren, Felix B. zu 7 Jahren und Christian A. zu 4 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Dem Trio wurde vorgeworfen, die Neonazi-Internetseite „Alpen-Donau.info" betrieben zu haben. In mehreren Städten hatten Neonazis zuvor Solidaritätsaktionen für Küssel durchgeführt. Nach Verkündung des Urteils zeigten sich viele Sympathisanten Küssels überrascht über die „immense Strafhöhe" („Altermedia) für Küssel und die beiden Mitangeklagten. *hma* ■

Ex-Bischof muss zahlen

Regensburg. Das Amtsgericht Regensburg hat den aus der „Priesterbruderschaft St. Pius X" ausgeschlossenen Richard Williamson Mitte Januar erneut wegen „Volksverhetzung" verurteilt. Williamson muss nun eine Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro zahlen. Ein erstes Urteil mit einer Geldstrafe in Höhe von 6500 Euro hatte das Oberlandesgericht in Nürnberg wegen Verfahrensmängeln gekippt. Der ehemalige Bischof hatte im November 2008 in einem bei Regensburg aufgezeichneten Interview für das schwedische Fernsehen die Existenz von Gaskammern und den millionenfachen Mord an Juden bestritten. Die Anwälte Williamsons kündigten an, das Urteil auch diesmal anzufechten. Der 72 Jahre alte britische Ex-Bischof selbst war nicht vor Gericht erschienen. *hma* ■

Austritte in Dormagen

Dormagen. Markus Beisicht, Vorsitzender der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW", wähnt sich einer „landesweiten Zersetzungskampagne" gegen seine Partei ausgesetzt. Grund ist der Austritt des stellvertretenden Landesvor-

Aus dem Inhalt:

Landtagswahl Niedersachsen:

NPD propagiert Rassismus und Nationalismus

In einer sogenannten „Niedersachsentour" reiste die NPD aus Anlass der Landtagswahlen 2013 in Niedersachsen durch das Land. Hauptthemen ihrer Kundgebungen „Euro-Wahnsinn", Überfremdung der Großstädte" und „Wirtschaftspolitik aus nationaler Sicht". Während zu Anfang ihrer Tour noch euphorisch über die Auftritte auf der Landesseite der NPD im Netz berichtet wurde, konzentrierte sich die Berichterstattung danach vor allem auf die Gegner, die als Schulschwänzer, faule Studenten, linke Chaoten und willige Erfüllungsgehilfen des „versammelten etablierten Parteienkartells und das Fußvolk der Antifa" bezeichnet wurden.

Tatsächlich gab es in allen Städten, in denen der Wahlkampflaster, von der NPD als „Flaggschiff" bezeichnet", Station machte breite Proteste, die oft erst kurzfristig organisiert werden konnten, weil die NPD die Wahlkampftermine immer erst kurz vor ihrem Auftritt veröffentlichte.

In einem Aufruf des DGB Hildesheim heißt es: „Die NPD steht mit ihrer Hetze und Propaganda für Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in diesem Land. Dem setzen Menschen entschieden die Werte einer solidarischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft entgegen.

Wer wie die Rechtsextremen den Nationalsozialismus verherrlicht, wer gegen Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer Einstellung hetzt und Menschen deswegen bedroht und attackiert, hat bei uns nichts zu suchen"

Dagegen richteten sich die Proteste in Lüneburg, Lingen, Salzgitter, Goslar, Leer, Braunschweig, Northeim, Hildesheim, Uelzen, Wolfsburg, Peine, Celle, Wolfenbüttel, Osterode, Osnabrück.

Auf einer Kundgebung in Hannover am 10.1.2013 gingen die hetzerischen Parolen der NPD unter lautestem Protest von mehr als 400 Gegnerinnen und Gegnern – und dröhnender Musik unter. Dies hat die NPD nicht abgehalten, am 19.1., dem letzten Wahlkampftag, erneut zwei Kundgebungen in Hannover abzuhalten. Entgegen ihren Wünschen nach zentralen Plätzen wurde ihnen die Genehmigung jeweils außerhalb des Stadtkerns erteilt. Und wieder trafen sie auf breiten Protest, und die Wahlkampfparolen und Hetzreden wurden von den 500 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten übertönt.

40 Parteimitglieder in Hannover am 19.1. war die höchste Beteiligung für die NPD an ihrer Wahlkampftour, zu allen anderen Veranstaltungen kamen je nach Berichterstattung 10 – 15 NPD-Anhänger.

„Asylschmarotzer, „Asylanten die Arbeitsplätze wegnehmen", „Islamisierung der Gesellschaft" waren der Tenor zum Thema „Überfremdung der Großstädte".

Braunschweig und Wolfenbüttel hatten gegen das Auftreten der NPD geklagt.

Die NPD hatte einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Braunschweig gestellt und sich auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berufen. Und tat- →



sächlich entschied das Gericht: Ein vollständiges Versammlungsverbot verstoße gegen jenes Recht auf Versammlungsfreiheit. Das Motto der Veranstaltung „Wir wollen nicht der Zahlmeister Europas sein – Raus aus dem Euro“ enthalte zudem „keine Anhaltspunkte dafür, dass auch Ziele der NPD in Bezug auf Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit propagiert werden sollten“, so das Gericht.

Der NPD-Spitzenkandidat Dammann bedankt sich nach der Tour bei den Unterstützern ihrer Wahlkampftour und fasste das Ergebnis so zusammen: „… ich denke, wir haben einigen Wirbel erzeugt“. Den „Wirbel“ haben Tausende von Gegnerinnen und Gegnern aus Gewerkschaften, Kirchen, Antifa und Parteien erzeugt, die gegen die NPD-Auftritte mobilisiert haben.

„Die NPD wird am 20. Januar flächendeckend wählbar sein“, war die Aussage des Pressesprechers der NPD. Bei der Landtagswahl 2008 hatte Partei noch insgesamt 40 Kandidatinnen und Kandidaten. 2013 kandidieren 17. Etliche waren an den 100 nötigen Unterschriften gescheitert, die gebraucht werden, um für die Wahl zugelassen zu werden.

Das deutet darauf hin, dass die NPD die Ergebnisse von 2008 nicht wieder erreicht und wäre politisch ein Signal gegen rassistische und nationalistische Hetze.

In der Landtagswahl im Januar 2008 erreichte die NPD 0,8% Erststimmen und 1,5 % Zweitstimmen.

In dieser Wahl 2013 erreichte sie 0,2% Erststimmen und 0,8 % Zweitstimmen, und damit erhält sie auch keine Wahlkampfkostenerstattung: womit die NPD in Niedersachsen sowohl ideologisch als auch finanziell verloren hat.

Edith Bergmann ■

---

sitzenden von „pro NRW“, Daniel Schöppe, Mitte Januar. Der Dormagener, der früher schon einmal den sog. „Republikanern“ angehört hatte, wurde für „pro NRW“ in den Rat der Stadt gewählt. Hier hat er jetzt die Fraktion aufgelöst und mit Norbert Back eine neue Fraktion unter den Namen „Ein Herz für Dormagen“ gegründet. Back hatte „pro NRW“ bereits vor einigen Monaten verlassen. Die neue Fraktion stehe für Fairness und Transparenz und wolle den „ganz normalen Bürger“ ansprechen, so Schöppe. Die wöchentlichen Demonstrationen von „pro NRW“ vor Kölner Moscheen könne er nicht nachvollziehen, sagt Schöppe. Er finde diese Provokationen „abstoßend“. Die anderen Fraktionen im Dormagener Stadtrat wollen den Sinneswandel der ehemaligen „pro NRW“-Aktivisten nun erst einmal eingehend prüfen. *hma* ■

Dornseiff ausgeladen

REMSCHEID. Die „Remscheider Denkerschmette“ um Reinhard Ulbrich (SPD), den früheren Oberbürgermeister der Stadt, hat Mitte Januar einen Vortrag mit Dr. Johannes Dornseiff, einem pensionierten Gymnasiallehrer aus Remscheid, abgesagt. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte es Kritik an Dornseiffs Engagement als Mitinitiator eines Bürgerbegehrens gegen den Bau einer Moschee in Remscheid gegeben. Darüber hinaus werden Dornseiffs Bücher seit Jahren mit Anzeigen auch in allen möglichen Publikationen der extremen Rechten, wie z.B. der „Deutschen Nationalzeitung“, beworben. Mittlerweile hat die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ zur Solidarität mit dem zum „Freiheits-kämpfer“ hochstilisierten Dornseiff aufgerufen.

hma ■

Antifaschistischer Ratschlag Rhein-Main: Verhindern wir die Nazi-Demo am 1. Mai!

Aktionskonsens beschlossen

Am 12. Dezember hat der Antifaschistische Ratschlag folgenden Aktionskonsens beschlossen:

Unser Ziel ist es, de n Frankfurter Naziaufmarsch am 1. Mai 2013 zu verhindern. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns dieses Ziel teilen. Dazu sind verschiedene Aktionsformen notwendig. Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Von uns geht dabei keine Eskalation aus.

Mit diesem Konsens sollen ab sofort weitere Organisationen angesprochen werden, um die Nazi-Kundgebung zu verhindern. Ein Aufruf und weitere Mobilisierung werden Mitte Januar besprochen.

Antifaschistischer Ratschlag vom 24. November

Bis zu 80 AntifaschistInnen aus verschiedensten Gruppen diskutierten am 24. November über die bessere Vernetzung ihrer Aktivitäten.

Ein wichtiger Diskussionspunkt war eine von der NPD für den 1. Mai 2013 in Frankfurt angemeldete Demonstration. Die von den Nazis als „Großkundgebung“ beworbene Veranstaltung soll unter dem Motto „Raus aus dem Euro – Gegen Euro und Großkapital“ stehen und vor der EZB stattfinden. Der Aufruf steht mit Parolen gegen das „Krebsgeschwür“ EZB in der Tradition pseudo-antikapitalistischer NS-Propaganda. Wie bei allen „antikapitalistischen“ Kritiken von rechts beschränkt er sich auf die selten dämliche Formel, dass Deutsche nur von Deutschen ausgebeutet werden sollten.

Beschlossen wurde u.a. noch in diesem Jahr mit der Mobilisierung gegen diese Nazi-Demonstration zu beginnen. Dazu soll ein Aktionskonsens nach dem Vorbild der erfolgreichen Mobilisierung gegen den Nazi- „Trauermarsch“ in Dresden erarbeitet werden. Die Nazi-Demo soll dem entsprechend hauptsächlich durch Massenblockaden verhindert werden. Verabschiedet wurden dafür die folgenden Grundsätze:

- effektive Verhinderung der Nazidemonstration am 1. Mai 2013
- breitestmögliche Mobilisierung
- keine Kooperation mit den staatlichen Sicherheitsbehörden

http://www.antifa-frankfurt.org/
http://www.antifa-frankfurt.org ■

„Kundus beginnt im Dom“

Protest gegen Kardinal Meisners Soldatengottesdienst im Kölner Dom am 10. Januar 2013

Gerade nach dem Massaker von Kundus in Afghanistan, bei dem über 140 Zivilpersonen auf Befehl des deutschen Oberst Klein umgebracht wurden, haben Zweifel an den Missionen geweihter Bundeswehrsoldaten zugenommen.

Nun verlangt der deutsche Kriegsminister de Maiziere „eine stärkere gesellschaftliche Debatte über eine Ausweitung der Bundeswehr-Einsätze“ (im Mitteldeutschen Rundfunk). Die von den Demonstranten vorgeschlagene „Kampfnonnen-Brigade“ soll dabei tätige Hilfe leisten.

Denn: „In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher!“, so Meisner im Soldatengottesdienst 1996.



„Skandalurteil gegen Antifaschisten:

22 Monate Haft wegen Antinazi-Blockaden in Dresden 2011

4 Wochen vor dem erneuten Versuch der Neonazis am 13. Februar in Dresden aufzumarschieren baut Richter Drohkulisse gegen antifaschistische Demonstrant_innen auf.

„Irgendwann hat die Bevölkerung in Dresden es mal satt“ mit diesem Satz begann die Urteilsbegründung von Amtsrichter Hans-Joachim Hlava. Dass er damit nicht den alljährlichen Neonaziaufmarsch meinen kann, liegt auf der Hand. Schließlich mussten erst Antifaschist_innen aus aller Welt nach Dresden kommen, um die Bewohner_innen bei ihren Protesten zu unterstützen. Heute können Dresdner_innen jedoch stolz sein: Die erfolgreichen Blockaden sind ein Exportschlager. Es ist in vielen Städten und Orten für viele Menschen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, Neonaziaufmärsche zu blockieren und zu verhindern.



Gestern, am 16. Februar 2013, wurde der Berliner Antifaschist Tim H. vom Amtsgericht Dresden zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, im Februar 2011 Demonstrant_innen per Megafon dazu aufgerufen zu haben, Polizeiketten zu durchbrechen, die tausende Antifaschist_innen davon abhalten sollten, Europas größten Naziaufmarsch zu blockieren.

Die Polizei hatte damals die Dresdener Innenstadt faktisch zu einer demokratiefreien Zone machen wollen. Durch weiträumige Absperrungen sollte jeglicher Protest in Hör- und Sichtweite verhindert werden. Das Kalkül der Neonazis und der Polizei ging jedoch nicht auf. Wie schon im Jahr zuvor blockierten tausende Antifaschist_innen aus Dresden, dem gesamten Bundesgebiet und aus Nachbarländern den Neonaziaufmarsch. Zuvor waren alljährlich bis zu 5000 Neonazis, unter ihnen in den frühen 90iger Jahren auch die Mitglieder des sogenannten NSU-Terrortrios und ihr Unterstützerkreis, weitgehend unbehelligt durch Dresden marschiert.

Trotz dürftiger Indizien fällte das Schöffengericht das drakonische Urteil von 22 Monaten Haft ohne Bewährung. Der Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft hatte während des Prozesses Tim nicht als denjenigen erkannt, der im Polizeivideo als der „Mann mit dem Megaphon“ präsentiert wurde und vier geladene Polizeizeugen konnten ebenfalls keine Angaben zum Täter machen. Tim H. ist nicht vorbestraft, Mitarbeiter der LINKEN und Familienvater.

Tim H. wird gegen das Urteil Rechtsmittel einlegen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
erklärt:

Zivilcourage gegen rechts ist nicht kriminell!

Naziaufmarsche blockieren ist unser Recht!

Tim, die Überlebenden der Naziterrors stehen hinter dir, zusammen mit allen Mitgliedern unserer Organisation!“

VVN-BdA ■

Kein Frieden mit der NATO – Aktiv werden gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“

Im Februar treffen sich in München wieder hochrangige Politiker_innen und Kriegsstrategen, Vertreter von Wirtschafts- und Rüstungskonzernen – vorwiegend aus den NATO- und EU-Staaten – zu ihrer sogenannten Sicherheitskonferenz. Dort werden Strategien beraten, mit denen sie ihre wirtschafts- und machtpolitischen Interessen weltweit durchsetzen wollen. Sie reden von Frieden und Sicherheit, aber sie sind die Repräsentanten eines Systems, das zwangsläufig Kriege herbeiführt. Kommt nach München!

Beteiligt Euch an der Großdemonstration gegen die NATO-Kriegskonferenz, am Samstag, 2. Februar 2013. ■

Nazischläger verurteilt

Am 8. Januar 2013, mehr als drei Jahre nach der Tat, wurde der Neonazi Detlev B. vom Amtsgericht Barmbek wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 1350€ (90 Tagessätzen à 15€) verurteilt. Der Forderung von Staatsanwaltschaft und Nebenklage-Verteidigung nach einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten auf Bewährung wegen gefährlicher, weil gemeinschaftlicher Körperverletzung, folgte das Gericht nicht. Im Bundestagswahlkampf 2009 protestierte das Hamburger Bündnis gegen Rechts gegen zahlreiche Infostände der NPD. An der „Aktion Brauner Sack“, bei der Passanten aufgefordert wurden, das Propagandamaterial der Nazipartei in Müllsäcke zu entsorgen, beteiligten sich hunderte von Menschen. Die Nazis verloren schnell die Nerven, von einem NPD-Stand am 15. August 2009 an der Fuhlsbüttler Straße in Barmbek gingen mehrere Übergriffe aus. Die Verhandlung gegen Detlev B., einem der Tatbeteiligten, der mehrfach, unter anderem wegen versuchten Mordes, vorbestraft ist, musste aus gesundheitlichen Gründen mehrmals verschoben werden. Der Angeklagte ließ noch vor Gericht verlauten, dass er nicht in Berufung gehen wird.

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■

Naziaufmarsch nicht verhindert, aber an den Stadtrand verdrängt

Das Bündnis Magdeburg Nazifrei zieht ein positives Zwischenfazit zu den Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Magdeburg am 13. Januar: „Wir konnten heute wichtige Teilerfolge erzielen. Nicht nur, dass die Nazidemonstration mit nur ca. 900 wesentlich kleiner war, als in den Jahren zuvor, sondern auch die Verlagerung der Naziroute an den äußersten Stadtrand ist ein Etappensieg. Mit vielen bunten und kreativen Blockaden im Ostteil der Stadt war es unmöglich, die Nazidemo wie geplant in den Stadtvierteln Herrenkrug, Brückfeld und Cracau stattfinden zu lassen.

Mit immenser Verzögerung begannen die Faschisten ihren Aufmarsch gegen 13:30 Uhr dennoch am SKET-Industriepark. Die Polizei hatte zuvor durch eine Politik der Desinformation dazu beigetragen, den tatsächlichen beziehungsweise neuen Routenverlauf so lange wie möglich zu verschleiern. Dies erschwerte es den etwa 3000 Gegendemonstranten, in



die Nähe der Route zu gelangen, um ihrem Protest gegen den gespenstischen Marsch der Neonazis Ausdruck zu verleihen. Die allermeisten Gruppen wurden bereits in der Innenstadt unter Einsatz massiver Gewaltmittel – hierbei sind insbesondere Reiterstaffeln, Pfefferspray, Wasserwerfer und Knüppel zu nennen – an ihrem Weg zur Nazidemo aufgehalten, also etwa 8 Kilometer nördlich. Warum die Polizei zu der Einschätzung gelangte, die Protestzüge bereits hier aufhalten zu müssen, weiß nur sie selbst. Am Ende schafften es nur wenige Mandatsträger, Presseleute und Einzelpersonen zur Abschlusskundgebung der Nazis am Bahnhof Südost.

Als klare Provokation werten wir die Entscheidung der Polizei, eine Zwischenkundgebung vor dem antifaschistischen „Libertären Zentrum" zu genehmigen. Wir haben keinerlei Verständnis dafür, Kundgebungen an historischen Orten, die verknüpft sind mit dem Tod Andersdenkender durch die Hand von Faschisten wie etwa dem Stadion Neue Welt oder dem Ort des tödlichen Angriffs auf Torsten Lamprecht (1992) in Cracau, einerseits zu verbieten und andererseits Faschisten sich vor einem antifaschistischen Zentrum, also ein potentielles Angriffsziel für die etwa 900 gewaltbereiten Neonazis, versammeln lassen zu dürfen. Auch die Androhung eines Einbruchs in das „L!Z" durch Kettensäge, Rammbock und Flex war eine unglaubliche Provokation, die es aufzuarbeiten gilt. Des Weiteren besteht der Verdacht der gezielten Desinformation durch die Polizei. Auch eine Ortungstechnologie für Mobilfunkgeräte soll eingesetzt worden sein.

Im Großen und Ganzen können wir aber von einem Erfolg sprechen: deutlich weniger Nazis konnten an der Demo teilnehmen, weil etliche Gruppen es durch Blockaden nicht mehr zum Auftaktkundgebungsort im Süden der Stadt schafften. Eine deutlich erhöhte antifaschistische Mobilisierung und die extrem unattraktive Demoroute für die Nazis sind weitere Punkte, die wir aus unserer Sicht als positiv verbuchen können. Vieles davon ist unser Verdienst. In den nächsten Tagen gilt es, sich um die Repressionsopfer und Verletzten zu kümmern und die Dinge gemeinsam mit allen anderen Blockadeakteuren aufzuarbeiten, bis es dann am 19.1. wieder heißt: Naziuffmarsch in Machdeburch? Ham wa echt keen Bock druff! Wenn die marschieren, werden wir blockieren!

PM Magdeburg Nazifrei, 13. Januar 2013-01-17 ■

Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten

Köditz zum „Aussteigerprogramm": Alles ist besser als nichts – aber Sachsens Innenminister muss Geheimniskrämerei beenden

Zur Bilanz der Staatsregierung zur bisherigen Arbeit des „Aussteigerprogramms Sachsen" erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE:

Das Lob von Innerminister Ulbig für das „Aussteigerprogramm Sachsen" ist ebenso erwartet wie fragwürdig. Zwar ist alles besser als die völlig erfolglose Arbeit des ehemals dafür zuständigen Landesamtes für Verfassungsschutz, doch ist die nunmehr vorgelegte Bilanz der bisherigen Arbeit dürftig genug. Dabei ist es bezeichnend, dass Ulbig keine Zahlen über tatsächlich erfolgte Ausstiege aus der Neonazi-Szene vorlegt. Wenn es in einen Jahr lediglich elf „weiterführende Beratungsgespräche" gegeben hat, ist davon auszugehen, dass die Zahl tatsächlicher Ausstiege deutlich darunter liegt.

Gerade weil wir als LINKE diese Arbeit für eminent wichtig erachten, ist für uns unabdingbar, dass die Geheimniskrämerei des Innenministeriums zu diesem Programm endlich ein Ende hat und transparente Zustände hergestellt werden. Dazu gehört nicht zuletzt eine Verbesserung der konzeptionellen Arbeit. Man kann sich zwar darüber freuen, dass nunmehr auch eine sozialpädagogische Begleitung des Ausstiegs erfolgen soll, doch muss man ebenso kritisieren, dass diese unabdingbare Maßnahme erst nach mehr als einem Jahr der Arbeit erfolgt.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Hemmschwelle durch die Übernahme der Arbeit durch freie Träger abgesenkt wird. In diesem Zusammenhang halte ich jedoch die Federführung durch den Landespräventionsrat und damit faktisch durch das Innenministerium für kontraproduktiv. Ich hätte mir gewünscht, dass aus den Erfahrungen bereits erfolgreich in Sachsen arbeitender Projekte im Bereich Ausstieg von Neonazis gelernt worden wäre. Stattdessen werden diese weiterhin aus der Förderung ausgegrenzt.

Gerne hätte ich bei diesem Thema dem Innenminister zu einer Erfolgsbilanz gratuliert, was aber leider nicht möglich ist. Stattdessen streut dieser der Öffentlichkeit nach dem Motto „Alles ist besser als nichts" wieder einmal Sand in die Augen.

Kerstin Köditz, 8.1.2013 ■

VS-Vizechef Vahrenhold nach neuen Enthüllungen über NSU-Netzwerk in Sachsen unter Druck

Zu den Informationen der „Freien Presse" über weitere Unterstützer des „Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU) in Sachsen erklärt Kerstin Köditz, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im NSU-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags:

Der Bericht in der Samstagsausgabe der „Freien Presse" unterstreicht, dass das Netzwerk der Helfer des NSU in Sachsen offenkundig wesentlich größer gewesen ist, als uns die Behörden und vor allem das Landesamt für Verfassungsschutz glauben machen wollen. Er zeigt zugleich, dass etliche Helfer in noch heute im Freistaat aktive Neonazigruppen eingebunden sind. Und er nährt vor allem den Verdacht, dass das Landesamt für Verfassungsschutz deren Bedeutung in der Vergangenheit geleugnet hat, um von seinem eigenen Versagen über Jahre abzulenken.

Wenn der Personalausweis des führenden Chemnitzer Neonazis Eric F. im Brandschutt gefunden wird, dann ist darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Person aus dem inneren Zirkel des so genannten „Freien Netzes" handelt. Der Jenaer Ralf W., zu dem F. vielfältige Verbindungen hatte, ist nicht nur Mitangeklagter im Prozess gegen Beate Zschäpe, sondern ebenfalls Führungskader des „Freien Netzes". In der Wohnung des mutmaßlichen Zwickauer Terrorhelfers André E. fand sich eine Spendendose des dortigen Ablegers des „Freien Netzes". Zu den Personen, mit denen E. 2006 eine Kameradschaft in Zwickau gründen wollte, gehörte ein späterer örtlicher Führer des „Freien Netzes".

Ich weise außerdem darauf hin, dass mit dem Altenburger Thomas G. ein Mitbegründer des „Freien Netzes" immer wieder im Umfeld des NSU auftaucht.

Fortsetzung Seite 6 unten

Soltau 16.1.13: ersehnte NPD sagt ab!

... und was die Polizei alles nicht erlaubt



Eher zufällig erfuhr der DGB am Do. 10.1.13 spätnachmittags, dass die NPD am 16.1.13 um 15 Uhr in Soltau mit ihrem „Flagschiff" (Lkw aus französischer Produktion) eine ihrer üblichen Kundgebungen durchführen wolle. Stadtverwaltung und Verwaltung des Heidekreis, die beide mit der NPD-Anmeldung befasst waren, schwiegen sich darüber aus. (Über solche Demokraten freut sich die NPD). Der DGB meldete am gleichen Platz wie die NPD eine Gegenkundgebung an und mobilisierte ohne an die allgemeine Öffentlichkeit zu gehen. Die evangelische Kirche in Soltau, bisher noch nicht im Widerstand gegen Nazis erprobt, verbreitete die gewerkschaftliche Info weiter.

Am 16.1.13 morgens meldete die NPD sich für Soltau beim Landkreis-Ordnungsamt wieder ab. Ihre Kundgebung, am gleichen Tag für 13 Uhr in Lüneburg geplant, verschob sie auf 15 Uhr in Lüneburg. Hintergrund waren organisatorische Probleme. In der Nacht zum 16.1.13 gab es einen Brandanschlag auf die NPD-Wahlkampffahrzeuge in Schneverdingen. In der Stadt, wo der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Matthias Behrens NPD-Ratsherr ist und mit seiner frisch angetrauten Jessika (geb. Keding, NPD-Landesgeschäftsführerin) lebt, übernachtete das Wahlkampfteam in einem Hotel. Einer ihrer Kleinbusse brannte völlig aus, ein anderer Kleinbus und das propagandistisch bemalte „Flagschiff" erlitten kleinere Schäden. Diese neue Sachlage führte zu klammheimlicher Freude bei Nazi-GegnerInnen und stieß den Tagesplan der NPD völlig um. Lüneburg ist wichtiger als Soltau, entschied die NPD.

Obwohl sich die freudige Nachricht geschwind verbreitete, trafen sich insgesamt über 130 Menschen in Soltau zur Protestkundgebung, etliche machte sich sofort auf den Weg nach Lüneburg.

DGB-Sprecher Charly Braun erklärte die aktuelle Situation und wies auf die wachsenden organisatorischen und finanziellen Schwächen der NPD hin, u.a. dass der Landesfinanzchef und NPD-Ratsherr in Munster, Stefan Klingbeil Ende 2012 die NPD verlassen hat. Braun zeigte aber auch auf, dass es neben der NPD allerlei andere Nazi-Strukturen und Rassistenorganisationen gibt, und mit „Die Rechte" inzwischen ein neues Parteiprojekt entstanden ist. „Wenn die NPD verboten werden sollte oder aus eigener Kraft zerbricht, steht eine neue Partei zur Weiterarbeit bereit", so der Gewerkschafter. Und er wies darauf hin, dass laut mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen, mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung ein rassistisches-faschistisches Weltbild hat.



Da keine Nazis mehr zu erwarten waren, aber nicht alle einfach gehen wollten, beendete man die Kundgebung, um eine Spontandemo durch die Fußgängerzone zu machen. Der untere Polizeiführer (einer aus Hannover herbefohlenen Truppe) holte sich vom Einsatzleiter (der im warmen Polizeigebäude saß) telefonische Anweisungen. Zuerst hieß es: Spontandemo nach angemeldeter Kundgebung geht nicht, dann: ja, aber die Demo muß entweder auf Fahnen oder auf Transpis verzichten, und kurz darauf: Demo geht gar nicht. Um sich warm zu halten, brach die Gruppe nicht zur Demo, sondern zum gemeinsamen Spaziergang mit Transpis voran durch Soltau auf, dabei hin und wieder gemeinsam antifaschistische Rufe durch die Fußgängerzone hallen lassend.

Die Polizei kein Freund und Helfer

Ein bekanntes Pärchen von Staatschutzbeamten beobachtete genau die Szenerie. Zurück am Ausgangspunktes des Spazierganges erklärte ein uniformierter Polizist einem Jugendlichen, der als Antifaschist bekannt ist, dass er eine Ordnungswidrigkeit begangen habe, weil er nach wenigen Metern aus dem Spaziergang heraus gerufen habe: „Bürger lasst das Glotzen sein, kommt mit und reiht euch ein". Damit habe er zu einer unerlaubten Demonstration aufgerufen. Der ausführende Polizist bekam einen roten Kopf, als er von GewerkschafterInnen aufmerksam gemacht wurde, dass ihm die Ordnungswidrigkeit nicht während des Rufs des Jugendlichen, sondern erst am Ende der Aktion und nachdem fast alle nach Hause gegangen waren, vorgehalten wurde.

Die verbliebenen Kirchenleute, Lehrkräfte, Jugendlichen und Gewerkschafter wunderten sich nur ob derartiger Auslegung des Versammlungsrechts.

Wir behaupten auf gar keinen Fall, dass die uniformierte Polizei erst nach Aufforderung durch die Staatschützer gegen den Jugendlichen aktiv wurden.

Ist es Mangel an demokratischer Courage, der Landrat, Bürgermeister und deren Amtsleiter daran hindert, antifaschistischen Organisationen ihr Wissen über Nazi-Planungen mitzuteilen? Man stelle sich mal vor, der DGB hätte nicht auf anderem Wege vom Vorhaben der NPD erfahren. Dann wäre Soltau die einzige Stadt in Niedersachsen, in der die Nazis ungestörtes Rederecht für menschenfeindliche Propaganda hätten. *C.B.* ■

Knoppismus und Hitlerei

Warum TV-Dokus nicht zur Aufklärung über den Faschismus beitragen

JedeR kennt die Langeweile beim Ansehen deutscher Fernsehdokumentationen, wenn es wieder einmal ums „3. Reich“ und Hitler, den Holocaust oder den 2. Weltkrieg geht. Dabei sind doch sehr viele Menschen an diesen Themen interessiert. Und Kenntnisse über den Nationalsozialismus sollte jedeR haben. Aber diese Art Sendungen tragen so gut wie nichts zur Aufklärung bei! Woran liegt das?

Das Hamburger Abendblatt (9.1.13) vermutet einen Überdruss beim Zuschauer: „Wer um Himmels willen möchte so viel Hitler sehen? Und warum werden immer dieselben Geschichten mit denselben Bildern erzählt?“ Es würden die falschen Fragen gestellt, Fragen, die einer Erklärung des Geschehenen nicht näher kämen. Stattdessen wäre zu fragen: „Wie konnte es sein, dass jemand 1940 am Klavier Chopin spielte und zwei Jahre später in Ostpolen Menschen mit dem Spaten den Schädel einschlug?“ Eigentlich sollten Fernsehdokumentationen dazu anregen, sich selbst zu fragen: „Wie hat die eigene Familie gehandelt und warum? Wären wir selbst Täter geworden? Oder Widerständler?“

Ich möchte einige Aspekte hinzufügen:

- Ein Bildmedium wie das Fernsehen, das mit den immer gleichen Bildern arbeitet, überholt sich selbst. Die Bilder nähren den Eindruck, alles bereits gesehen zu haben – so wird auch optisch Überdruss produziert.
- Statt an ernsthaften Erklärungen zu arbeiten, die mehr als nur Teilaspekte reflektieren, wirken die Sendungen häufig schnell und ohne große Überlegung zusammen gestellt.
- Die zahlreichen detailverliebten Einzeldarstellungen tragen mehr zur Verwirrung als zum Entstehen eines Gesamtbildes des Nationalsozialismus bei, weil sie kaum in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen eingebettet werden.
- Das „Wieso, Weshalb, Warum?“ verschwindet hinter einem ständigen Moralisieren.
- Das häufige Psychologisieren bleibt oberflächlich und verführt dazu, den Faschismus als pathologisches Problem brutalisierter Einzelner miss zu verstehen.
- Hitler wird immer als alles überragender und allein entscheidender Führer dargestellt – Fragen nach den Motiven der glühenden Nazis, aber auch der durchschnittlichen MitläuferInnen treten dem gegenüber genauso in den Hintergrund wie die nach den seinerzeit virulenten Weltanschauungen.
- Durch die aus deutscher Sicht produzierten Reportagen wird ein national verengter Blickwinkel gefördert. Dadurch gerät aus dem Blick, dass die brutalsten Konsequenzen des „3. Reichs“ andernorts erduldet worden sind.

Für diese Methodik steht der Name Guido Knopp – über ihn schrieben die Antifaschistischen Nachrichten (Nr. 8/02): „Für Knopp und seine jeweiligen Co-Autoren scheint es unvorstellbar, dass deutsche Offiziere der nationalsozialistischen Ideologie anhingen oder gar Antisemiten waren. … Da ist die Rede von brennendem Ehrgeiz und einem falsch verstandenen Pflichtbewusstsein. Die Offiziere seien Hitlers quasi dämonischer Ausstrahlung erlegen, wozu ihre politische Unbedarftheit, ja Naivität beigetragen habe.“

Nur leicht übertreibend könnte man sagen, dass hier eine Gesellschaft gezeichnet wird, die Menschheitsverbrechen beging, weil ein verrückter, aber dämonischer Führer oder wahlweise ein kleine Clique Besessener das so wollte. Die meisten Deutschen hätten das mitgetragen, weil sie der Ausstrahlung der Parteiführer erlagen und aus schlichter Dummheit.

Ökonomische Fragen werden kaum einmal gestellt. Interessen aufgrund der wirtschaftlichen Situation werden allenfalls Erwerbslosen zugeschrieben (die Hitler gewählt hätten, um Arbeit zu bekommen) – nicht aber der herrschenden Klasse, bei der die FernsehmacherInnen niemals von den Konsequenzen ihres bedingungslosen Willens, die eigene ökonomische Machtstellung aufrechtzuerhalten, sprechen. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer)

Nur selten ist von materiellen Motiven die Rede: In wessen Interesse lag es, Hitler an die Macht zu bringen? Wie konnte der Nationalsozialismus so reibungslos seine Macht festigen? Welche gesellschaftlichen Kräfte traten ihm dabei zur Seite und weshalb? Warum haben so viele Menschen den Faschismus begeistert mitgetragen, warum standen so viele dem Morden gleichgültig gegenüber? Bei unterschiedlichen politischen Herrschaftsformen waren es doch stets die gleichen Klassen und Schichten, die die Gesellschaft vom Kaiserreich bis zur Bonner Demokratie prägten und dominierten. Einzig der Einfluss des Adels schwand nach 1945.

Der Nationalsozialismus wird nicht in sein historisches Umfeld eingebettet, sondern außerhalb jeder chronologischen Kausalität betrachtet. Er erscheint dadurch als eine hermetisch abgeschlossene Gesellschaftsformation, als eine Episode von 12 Jahren, die kaum etwas mit den Jahren davor zu tun gehabt hat. So wird der Faschismus entpolitisiert und in ein von der realen Gesellschaft losgelöstes „tragisches Ereignis“ umdefiniert, das sich Erklärungsversuchen entzieht. Der darin liegende Freispruch für alle, die nicht der NSDAP-Spitze angehörten, ist offenkundig. Es ist wie in der Karikatur, in der der Großvater seinem Enkel erklärt, 1933 seien Marsmenschen in Deutschland gelandet.

Für die politische Bildung ist dieser Befund katastrophal. Gehaltvolle Darstellungen über die Hintergründe des Nationalsozialismus könnten dagegen immunisieren, eine auch nur annähernd ähnliche politische Bewegung zu unterstützen. Dass diese Art des Fernsehjournalismus, der von seichter Unterhaltung immer weniger zu unterscheiden ist, mit Guido Knopps Verrentung der Geschichte angehört, ist leider unwahrscheinlich.

Mit der in Mode gekommenen Kombination aus einem 08/15-Spielfilm mit einer thematisch zugeordneten Dokumentation geht die Trivialisierung historischer Ereignisse in die nächste Runde. Im Februar wird die ARD den Film „Nacht über Berlin“ ausstrahlen, in dem es um den Reichstagsbrand und eine Liebe in dieser Zeit gehen wird. Für den nachfolgenden Sendeplatz wurde schnell noch die Dokumentation „Nacht über Deutschland“ zusammengeschustert, „um das Profil als Qualitätssender zu schärfen“.

F ■

Wir haben als Linksfraktion im Landtag immer wieder das Verbot des „Freien Netzes“ gefordert. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat dagegen immer wieder behauptet, das „Freie Netz“ sei lediglich eine Internetplattform mit Lokalseiten. Wenn jetzt öffentlich wird, dass Gespräche abgehört worden sind, aus denen hervorgeht, dass gemeinsam Veranstaltungen organisiert wurden und auch Propagandamaterial beschafft wurde, dann zeigt dies, dass das Landesamt für Verfassungsschutz die Öffentlichkeit in die Irre geführt und den Landtag belogen hat. Zu diesem skandalösen Verhalten wird Olaf Vahrenhold, Vizepräsident des Landesamtes, in seiner nächsten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss am 21. Januar umfänglich Auskunft geben müssen. Treffen diese Vorwürfe zu, ist Vahrenhold in unseren Augen als der verantwortliche Beamte in seinem Amt nicht mehr tragbar.

Kerstin Köditz, MdL ■

Erfolg für Gegner der Homosexuellen-Ehe; extreme Rechte dennoch eher geschwächt

Wohl über eine halbe Million Menschen demonstrierten am Sonntag, den 13. Januar 2013 in Paris gegen den Plan der sozialdemokratischen Regierung, die Homosexuellen-Ehe zu erlauben. Vordergründig versuchten die Gegner des Vorhabens sich dabei jedoch modern, aufgeschlossen und keinesfalls homophob zu geben. So jedenfalls das Auftreten, um das sie sich vor den Kameras bemühten. Rechte unterschiedlicher Schattierungen waren, neben den Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften, vor allem aber der katholischen, ebenfalls aktiv dabei.

Ihr Vorhaben, eine Stärkedemonstration durchzuführen, dürften die Gegner des französischen Gesetzesvorhabens unter dem Titel „Ehe für Alle" erreicht haben. Über eine halbe Million Menschen dürften an diesem Sonntag, den 13. Januar 13 an ihrer sternmarschförmigen Demonstration in Paris teilgenommen haben. Diese verlief auf drei bzw. vier Hauptrouten parallel, bevor die Züge sich vereinigten. Und, als ironischer Bezug auf den Gesetzentwurf zur „Ehe für alle", war sie auf den Titel „Die Demo für Alle" (La manif' pour tous) getauft worden.

Im Folgenden werden wir uns an dieser Stelle auf jene Aspekte konzentrieren, die unmittelbar die extreme Rechte betreffen. Zu sonstigen Aspekten ebendieser Demonstration vgl. auch einen längeren Artikel vom Autor dieser Zeilen unter: http://www.labournet.de/internationales/frankreich/politik-frankreich/mobilisierung-gegen-homosexuellen-ehe-erfolg-fur-die-demonstration-der-gegner-und-jetzt/#more-22147

Wie bei größeren Protestzügen in Frankreich üblich, sind auch hier die Zahlenangaben zwischen den Veranstalter/inne/n – sie sprechen von 800 000 Teilnehmern – und den Polizeizahlen (340 000) umstritten. Oft liegt die Wahrheit rechnerisch ungefähr in der Mitte. Nach eigenen Beobachtungen des Verf. dürfte die Grenze der 500 000 überschritten worden sein.

Manche der Gegner der Legalisierung der Ehe für Homosexuelle sind aus schlicht homophoben Gründen gegen das Gesetzesvorhaben der Regierung; nach dem insgeheim vertretenen Motto: „Das sind doch Perverse". Andere sind aus eher religiösen Motiven dagegen – „ein Sakrament wie das der Ehe darf nicht angetastet werden" –, und wieder andere führen eher bevölkerungspolitische Motive an: „Frankreich benötigt mehr Kinder."

‚Institut Civitas': Relativ marginalisiert

Bei den rechtsextremen Splittergruppen, die am 18. November 2012 in Paris eine aufgrund von Gewalttaten am Rande viel beachtete Demonstration gegen die Homosexuellen-Ehe durchgeführt hatten, las man etwa auf Transparenten schlicht: „Frankreich braucht Kinder, nicht Homos." Dieselben Gruppen, wie das ultrarechte katholisch-fundamentalistische „Institut Civitas" – der Veranstalter vom 18. November 12 – waren zwar auch an diesem Sonntag, den 13. Januar d.J. dabei.

Das „Institut Civitas" war allerdings auf eine räumlich getrennte, vierte und kleinere Demo-Route abgedrängt worden. Dort demonstrierten diese Franco-Anhänger zusammen mit rechtsextremen Kleingruppen wie der für ihre Gewalttätigkeit berüchtigten, von Studenten geleiteten Schlägergruppe GUD (Groupe Union-Défense) oder den neonazistischen Jeunesses Nationalistes (JN) von Alexandre Gabriac. Auf ihrer Spezial-Route liefen nur rund 2000 Menschen mit. Am 18. November letzten Jahres hatten bei der „Civitas"-Demo noch rund 9000 Personen teilgenommen, die dieses Mal mutmaßlich zum Großteil woanders eingereiht waren.

Anders steht es um „etablierte" rechtsextreme Kräfte wie vor allem den Front National (FN). Diese Partei beteiligte sich nicht am Extra-Demozug des ‚Institut Civitas', sondern mischte sich unter einen der drei größeren Demozüge, völlig unabhängig vom ‚Institut Civitas'. (Letzteres marschierte vom Südosten der französischen Hauptstadt aus – von der Place d'Italie – los, der FN und andere Kräfte dagegen vom Pariser Nordwesten aus.)

Delikate Positionierung des FN

Aber auch der FN hatte seine erheblichen politischen Probleme im Zusammenhang mit der Demo. Ursprünglich hätte man vielleicht erwarten können, dass das Thema eher ein gefundenes Fressen für ihn darstellt – ist man doch auf der extremen Rechten leicht dazu geneigt, gegen alle abweichenden Lebensentwürfe zu Felde zu ziehen. Doch die 44jährige Parteichefin Marine Le Pen zögerte erkennbar, zu einer Teilnahme aufzurufen. Einerseits wollte sie die Bemühungen um „Modernisierung" und „Entdämonisierung" im Erscheinungsbild ihrer Partei, die sich auch verstärkt um weibliche Wählerinnen und jüngere Generationen bemühen soll, nicht ruinieren. Zu dieser Strategie gehört auch eine neue Offenheit für berufstätige oder nicht ganz den traditionellen Rollenbildern entsprechende Frauen – Marine Le Pen selbst ist zweifach geschieden –, aber auch eine zumindest verbale Toleranz etwa gegenüber Homosexuellen.

Diese lässt sich freilich einer Strategie unterordnen, die versucht, alle Kräfte gegen einen Hauptfeind zu bündeln. Da als Hauptfeind seit dem Antritt Marine Le Pens an der Parteispitze klar die „islamische" Einwanderung bestimmt wird (in der Vergangenheit konkurrierte dieses Feindbild in der Partei stark mit antisemitischen Ideologien, deren Einfluss die neue Chefin jedoch zurückdrängen versucht), ist es Teil der Strategie, sich gegen „den rückschrittlichen Islam" bisweilen auch auf Frauen- oder Schwulenrechte zu berufen. In den letzten Jahren hatten es zuerst Pim Fortuyn und dann Geert Wilders in den Niederlanden den europäischen Rechten vorgemacht. Seit dem Wechsel an der Parteispitze, von Jean-Marie Le Pen zu Marine Le Pen im Januar 2011, versucht nun auch die französische extreme Rechte in diese Richtung zu gehen.

Zum Anderen wollte Marine Le Pen aber auch vermeiden, den Eindruck zu erwecken, sie laufe Initiativen des großen Konkurrenten UMP hinterher, mit dem der FN sichtbar um gemeinsame potenzielle Wähler ringt. Allerdings tobten mehrere rechtsextreme Zeitungen, die der FN-Chefin eine totale Aufweichung wichtiger Positionen vorwarfen, wie die Wochenzeitung ‚Minute' und (schärfer noch) das altfaschistische Blatt ‚Rivarol'.

Letztendlich verhalf die rechtsextreme Partei sich mit einem Formelkompromiss: „Diejenigen Mitglieder, Funktionsträger und Wähler, die protestieren wollen", waren zur Teilnahme an der Demonstration eingeladen. Parteichefin Marine Le Pen selbst erschien jedoch bei ihr nicht. Im Vorfeld erklärte sie mittels Pressekommuniqué vom 4. Januar 2013, zwar gegen die Homosexuellen-Ehe zu sein, Demonstrationen dagegen jedoch als „Falle" zu betrachten. Denn es passe zum Kalkül der Regierung, mit solchen Themen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken. Stattdessen solle Frankreich nämlich lieber „über die Sparpolitik,

Fortsetzung Seite 8 unten

Sans papiers in Lille:

Hungerstreik ging zu Ende, Aktionen gehen weiter

73 Tage Hungerstreik: Diese Strapaze haben vierzig Einwanderer aus Marokko, Algerien, Guinea und Thailand im nordfranzösischen Lille hinter sich. Am Abend des Sonntag, den 13. Januar 2013 gaben sie den Abbruch ihrer Aktion bekannt – kurz bevor sie drohte, tödliche Konsequenzen für einige ihrer Teilnehmer zu haben. Am Montag, den 14. Januar bauten freiwillige Unterstützer das Zelt ab, in dem sie seit nunmehr über zwei Wochen verbrachten hatten und in dem es nicht nur für die vom Hungerstreik geschwächten Körper mitunter eiskalt war.

Am 2. November 2012 hatten damals 125 Einwanderer, die vom französischen Staat in „illegalisierter" Situation gehalten wurden, den Hungerstreik dort begonnen. Aufgrund massiver gesundheitlicher Probleme hatten eine Reihe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihn am 19. Dezember 2012 abbrechen müssen. Am übernächsten Tag (21.12.2012) hatten die Flüchtlinge und Einwanderer versucht, die in unmittelbarer Nähe gelegene Kirche Saint-Maurice zu besetzen, um einen geschützteren und wärmeren Zufluchtsort zu finden. Die Kirche ließ ihr Gebäude binnen weniger Stunden polizeilich räumen, eine Strafanzeige des bischöflichen Amts wegen „Hausfriedensbruchs" blieb in der Folgezeit anhängig.

Ebenfalls nicht mit Ruhm bekleckert, und noch härter als erwartet reagiert, hat der amtierende rechtssozialdemokratische Innenminister Frankreichs. Manuel Valls bemühte sich offenkundig nach vollen Kräften, zum „würdigen" Nachfolger seiner rechten Amtsvorgänger zu werden. Am 58.Tag des Hungerstreiks veranlasste die Präfektur von Lille, dass zwei der Teilnehmer am Hungerstreik, die beiden algerischen Staatsbürger Ahmed und Azzedine, in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden. (Vgl. vorige Ausgabe der AN dazu.)

Solidaritätsaktionen

Zur Unterstützung des jüngsten Hungerstreiks, der zunächst hoffnungslos isoliert erschien, hatten jüngst einige spektakuläre Aktionen stattgefunden. Neben Demonstrationen in Lille, in Paris und vor kurzem auch in anderen Städten wie Strasbourg und Saint-Nazaire kam es zu Besetzungsaktionen. In Paris etwa wurde am Sylvestertag die „päpstliche Nunziatur" – die Botschaft des Vatikan – besetzt, am 3. Januar der Parteisitz der regierenden französischen Sozialdemokratie. In Lille wurde gleichzeitig das Rathaus okkupiert. Seit Beginn der darauffolgenden Wochen fanden täglich Kundgebungen in Paris und Lille statt, da die Situation der Hungerstreikenden sich zuzuspitzen drohte. In Boulogne-Billancourt (einem Vorwort westlich vor den Toren von Paris) wurde das dortige Gewerkschaftshaus durch Unterstützer/innen der Sans papiers – mit Unterstützung der örtlichen CGT.

Die Hungerstreikenden kämpften, um Aufenthaltstitel zu erreichen. Einige von ihnen steckten parallel dazu in Asylverfahren, ohne sich jedoch Hoffnungen auf deren Ausgang zu machen – junge Frauen waren etwa einer Zwangsverheiratung entflohen, ohne die eingeforderten Beweise dafür vorlegen zu können. Im letzten Stadium hat die Präfekt jedoch am Wochenende des 12./13. Januar 2013 lediglich „eine wohlwollende Bearbeitung der individuellen Akte" jedes und jeder Teilnehmenden zugesagt, ohne das feste Versprechen einer „Legalisierung". Mehr war zu dem Zeitpunkt nicht herauszuholen, ohne Todesfälle unter den Streikenden zu riskieren. Unterdessen gingen einige Aktionen zu ihrer Unterstützung ungebrochen weiter, um den Druck weiterhin aufrecht zu erhalten. Am Montag, den 14. Januar 2013 demonstrierten Sans papiers fast den ganzen Tag über in Paris. Im Laufe des Nachmittags besetzten sie vorübergehend die Place Saussaies im nobel-hoblen 8. Pariser Bezirk, „unter den Fenstern" des Innenministeriums von Manuel Valls (an der Place Beauvau). Dabei wurden 150 Teilnehmer vorübergehend festgenommen, fast alle Anwesenden wurden eingesammelt und zur Personalienaufnahme in Polizeiwachen im 18. Pariser Bezirk transportiert. Am frühen Abend kamen allerdings alle wieder frei.

Allerdings bleibt das generelle Problem bestehen, dass die Unterstützerbewegung für die Sans papiers seit spätestens 2009 außerordentlich zersplittert ist – ebenso wie ein Großteil der „Kollektive von Sans papiers" selbst. Ein starker Spaltungsfaktor war der Streik von 2008/09, der zur „Legalisierung" von einigen Arbeitskräften ohne Aufenthaltstitel führte. Denn diese Waffe des, mit gewerkschaftlicher Unterstützung geführten, Streiks war (aufgrund ihrer objektiven Stellung im Arbeitsprozess) nur einigen der Betroffenen zugänglich – nämlich jenen Sans Papiers, die zusammen mit anderen Arbeitskollegen in derselben Situation waren und also gemeinsam einen Betriebe lahmlegen konnten. Anderen jedoch stand diese Möglichkeit nicht offen, weil sie isolierte einzelne Beschäftigte in Klein(st)betrieben sind, oder aber die einzigen Mitarbeiter „ohne Papier" in Unternehmen, deren andere Mitarbeiter keine Sans papiers sind. Von den damaligen Spaltungen, etwa zwischen Teilen der Gewerkschaften und den „Sans Papiers-Kollektiven", aber auch unter Letzteren, hat die Unterstützungsbewegung sich insgesamt nicht erholt.

Bernard Schmid, Paris ■

---

den sozialen Kahlschlag, den zerstörerischen Wirtschaftsliberalismus, (...) die Masseneinwanderung, die permanente Unsicherheit, die Massenarbeitslosigkeit und die Abwanderung von Industrien" diskutieren. Also über die so genannten harten Themen.

Vom FN nahmen am 13. Januar 2013 hingegen der Vizepräsident Marine Le Pens (und zugleich ihr Lebensgefährte), Louis Aliot, sowie die beiden Abgeordneten der Partei im französischen Parlament – der Anwalt Gilbert Collard und die junge Jurastudentin Marion-Maréchal Le Pen – teil. Altvater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen war persönlich verhindert, ließ aber über die Medien erklären, auch er nehme „geistig" teil. Eine Delegation des Front National traf um 12.30 Uhr an der Porte Maillot, im äußersten Nordwesten von Paris, ein. Von dort aus lief sie vor Demobeginn um 13 Uhr zur einige Hundert Meter weiter südlich gelegenen Porte Dauphine, wo der offizielle Auftaktort für einen der drei größeren Demozüge des Sternmarschs lag. Im weiteren Verlauf des Nachmittags waren die FN-Vertreter allerdings nicht mehr erkennbar; entweder gingen sie in der Masse unter, oder sie hatten sich im Laufe der Stunden dann doch zurückgezogen. Auch der außerparlementarische Aktivistentrupp des Bloc identitaire, der in den Tagen zuvor ebenfalls zur Demoteilnahme aufrief, hatte sich am selben Ort wie der FN – an der Porte Dauphine – verabredet.

Alles in allem hat der FN sich mit seinen Verrenkungen im Vorfeld, die durch die bürgerlichen Medien natürlich relativ gern ausgeweidet wurden, vielleicht um einen politischen Vorteil gebracht. Die Früchte der Mobilisierungen dürfte augenblicklich wohl viel eher die konservative Rechte einfahren. Die konservativ-wirtschaftsliberale UMP und ihre Mandatsträger waren extrem zahlreich vertreten.

Bernard Schmid, Paris ■

Mord an drei kurdischen Politikerinnen mitten in Paris:

Der lange Arm des „tiefen Staates"?

In der Nacht vom 9. zum 10. Januar dieses Jahres wurden in der Pariser rue Lafayatte, in der Nähe des Nordbahnhofs, die Leichen dreier kurdischer Politikerinnen aufgefunden. Jede von ihnen war in der Bürowohnung, die auch das „Kurdische Informationszentrum" beherbergte, mit mehreren Schüssen aus nächster Nähe getötet worden. Es handelte sich, erstens, um die 55jährige Sakine Cansiz, die im Jahr 1978 Mitgründerin der (seit 1984 in Südost-Anatolien bewaffnet gegen den türkischen Staat kämpfenden) „Kurdischen Arbeiterpartei" PKK war. Zum Zweiten wurde die 1982 in Türkisch-Kurdistan geborene, jedoch als Flüchtlingskind in Ostfrankreich aufgewachsene Fidan Dogan – diplomatische Vertreterin des „Kurdistan Nationalkongresses" (KNK) in Frankreich und Verantwortliche des Informationszentrums – ermordet. Drittens starb auch die in Deutschland, die meiste Zeit über in Halle lebende, 23jährige Leyla Söylemez. Sie hielt sich für ein einmonatiges Praktikum in den Räumen des Kurdischen Informationszentrums auf.

Die Polizei stellte ihre Ermordung um kurz vor zwei Uhr früh fest. Der Lebensgefährte einer der drei Kurdinnen hatte einige Minuten zuvor die Wohnungstür aufgeschlossen, nachdem er sich – in wachsender Sorge, weil seine Freundin seit 15 Uhr telefonisch völlig unerreichbar war – einen Schlüssel dafür besorgt hatte, und dabei die Leichen entdeckt.

Die Morde fanden jedoch mutmaßlich an jenem 9. Januar zwischen 15 Uhr und dem frühen Abend statt. Ein Nachbar sagte gegenüber den Ermittlern und der Presse aus, gegen 18 Uhr schussähnliche Geräusche gehört zu haben; er habe ihnen jedoch keine weitere dramatische Bedeutung zugemessen. Der oder die Mörder hatten bei der Tat Schalldämpfer benutzt, so dass die Schüsse allenfalls gedämpfte Geräusche erzeugten. Vor allem muss er oder müssen sie die drei Frauen wahrscheinlich gekannt, oder jedenfalls ihr Vertrauen erweckt haben.

An der Tür der Bürowohnung waren keine Kratzspuren oder Anzeichen eines gewaltsamen Aufbrechens aufzufinden. Die drei kurdischen Frauen müssen dem Täter oder den Tätern vermutlich selbst die Tür geöffnet haben – sei es, weil sie ihn kannten, oder sei es, dass unter einem Vorwand geklingelt worden war. Die Tageszeitung Libération dachte etwa an eine Finte vom Muster „Ein Einschreibbrief von der Post für Sie!", was allerdings am Nachmittag eher ungewöhnlich wäre. Alle drei Frauen waren mit ihren Mänteln bekleidet und schickten sich also entweder zum Hinausgehen an, oder waren soeben erst zur Tür hereingekommen – möglicherweise in Begleitung des Täters oder der Täter. Diese müssen sich im Prinzip gut ausgekannt haben. Zum Einen war das „Kurdistan Informationszentrum" durch keinerlei Hinweisschild an der Tür gekennzeichnet, es sah nach außen hin lediglich nach einer Wohnung aus, und wurde auch von Fidan Dogan bewohnt. Einem breiteren Publikum bekannt war dagegen das Kurdische Kulturzentrum, das einige hundert Meter entfernt im 10. Pariser Bezirk liegt (und wo sich am Vormittag nach Bekanntwerden der Tat sofort bis zu 2000 Menschen versammelten, während fast alle „türkischen" – oft von Kurden gehaltenen – Restaurants und Imbisse im umliegenden Viertel spontan schlossen).

Zum Zweiten hielt Sakine Cansiz sich nur kurz in Paris auf, wo sie am Vortag eingetroffen war. Sie lebte offiziell in Frankreich mit anerkanntem Flüchtlingsstatus – nachdem sie zwölf Jahre lang in der Türkei inhaftiert, und nachweislich gefoltert worden war –, hielt sich jedoch wenig in Frankreich auf. Je nach Angaben verbrachte sie mehr Zeit in Deutschland (so die französische Presse) oder in Kurdistan, so politische Freunde von ihr. Die politische Aktivistin war nur für kurze Zeit in Paris, um ihren Aufenthaltstitel erneuern zu lassen. Der Mordanschlag dürfte entweder ihr, oder Fidan Dogan, oder beiden Frauen gegolten haben. Sofern Sakine Cansiz absichtlich persönlich ins Visier genommen wurde, müssen Täter oder Hintermänner also von ihrem Aufenthalt in der französischen Hauptstadt gewusst haben.

Am politischen Charakter der Mordtat hatte von Anfang an niemand ernsthafte Zweifel. Die Ermittler bestätigten dies, indem sie in der Presse darauf hinwiesen, es sei nicht nur nichts aus der Wohnung gestohlen worden, nicht einmal die Handtaschen der Frauen seien von dem Täter oder den Tätern durchsucht worden. Allerdings gaben die Ermittler sich in ihren Verlautbarungen zugleich in politischer Hinsicht betont neutral und betonte, „in alle Richtungen zu ermitteln". Gleichzeitig gerieten sie von kurdischer Seite her selbst in die Kritik, da gefragt wurde, wie es möglich sei, dass ein rund um die Uhr bewachtes Objekt wie das Kurdische Informationszentrum zum Ort eines solches Dreifachmords werden konnte, ohne dass etwas Verdächtigen auffiel, zumindest im Nachhinein. Um eine lückenlose Aufklärung der Tat zu fordern, organisierten die Kurdinnen und Kurden schnell massive Proteste. Am Samstag, den 12. Januar demonstrierten laut polizeilichen Angaben offiziell 15 000 überwiegend kurdische Menschen – in Wirklichkeit war die Teilnehmerzahl mutmaßlich etwas größer – u.a. aus Frankreich, Deutschland und den Benelux-Ländern im Pariser Ostbahnhofsviertel.

Offizielle und andere Spuren

Französische Presseorgane legten ihrerseits in den ersten Tagen mehrere Spuren, die auch mit den politischen Interessen des französischen Staates oder anderer Akteure zusammenhingen. Während proisraelische Webseiten vor allem das syrische und das iranische Regime verdächtigten – diese unterdrücken tatsächlich jeweils ihre „eigenen" Kurden (was im iranischen Falle etwa mit dem Vierfach-Mord im Berliner Restaurant „Mykonos" vom 17. September 1992 „gekrönt" wurde), gingen aber bislang nicht mit Mordmitteln gegen Kurden anderer Staaten vor –, sprachen die bürgerlichen Zeitungen anfänglich auch von der Hypothese eines blutig ausgetragenen Konflikts innerhalb der PKK. Diese Idee war, als einem der Ersten, am Tag nach dem Mord vom türkischen Premierminister Recep Teyyip Erdoğan selbst lanciert worden.

Der konservative Figaro seinerseits sprach von Ermittlungen, die zunächst den „Finanzierungsquellen und Schutzgeldströmen der PKK" nachgehen müssten. Dem zugrunde liegt die These, dass ein möglicher Friedensschluss zwischen türkischem Staat und PKK einigen Fraktionen innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung – die das vermeintliche Drogen- und Waffengeschäft der Organisation zu Zwecken ihrer illegalen Finanzierung kontrollierten – in die Quere käme. Nun gibt es zwar möglicherweise fragwürdige Praktiken der PKK bei der Finanzierung (um ihre materielle Zwänge zu bewältigen), ihre Haupteinnahmequelle ist jedoch die Solidarität der in Europa lebenden kurdischen Bevölkerung. Und: Zwar hat die nationale Befreiungsbewegung PKK im Inneren auch autoritäre Strukturen, die in den Jahren 1987 für 1988 für mehrere Morde an politischen „Dissidenten" auf westdeutschem Boden, u.a. in Hamburg, sorgten. Im vorliegenden Fall erscheint eine solche „Spur" jedoch als schlicht falsch: Es handelte sich bei den drei Frauen nicht um politische „Dissidentinnen" der PKK, sondern – bei zwei von ihnen – um hochrangige Diplomatinnen der Organisation. Und Sakine

Cansiz zu treffen, bedeutete, direkt die Führung und das Umfeld des seit 1999 inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan, der ihr vertraute, zu treffen. Auch wenn die Annahme zuträfe, dass Kreise im oder am Rande der PKK etwa aus geschäftlichen Interessen gegen ihren aktuellen Kurs auf Verhandlungen mit dem türkischen Staat querschießen, so wären diese Leute schlicht wahnsinnig, würden sie direkt auf den Kopf der Organisation zielen. Diese „Spur“ ist also hochgradig unwahrscheinlich. Sie zu „verfolgen“, kann jedoch einigen Ermittlungsbehörden in den Kram passen, in deren polizeilicher Optik die – seit 1994 in Frankreich wie in Deutschland verbotene – PKK als solche schlicht eine finstere „Terrororganisation“ bildet.

Ungleich plausibler ist da eine These, die in Bereiche des türkischen Staatsapparats und seiner Schattenstrukturen führt. Unwahrscheinlich ist allerdings (in den Augen fast aller Beobachter) ein Mord direkt im Auftrag der türkischen Regierung, würde er doch ihrem aktuell verfolgten Kurs diametral widersprechen und dessen Erfolg beeinträchtigen: Premierminister Erdogan, der derzeit eine Präsidentschaftskandidatur vorbereitet, möchte gerne eine (vorläufige oder nicht) „Lösung des Kurdenkonflikts“ an sein Revers heften können. Deswegen hat die türkische Staatsspitze de facto grünes Licht für offene Verhandlungen mit der PKK gegeben. Als Vermittler dient dabei die „pro-kurdische“, im Parlament vertretene (jedoch immer wieder auch Repressalien ausgesetzte) Partei Baris ve demokrasi partisi – BDP, „Partei für Frieden und Demokratie“. Zwei ihrer Abgeordneten erhielten Anfang Januar 13 offiziell die Erlaubnis, Abdullah Öcalan auf der Insel Imrali (im Marmara-Meer) zu besuchen, wo er inhaftiert ist und in den Monaten zuvor noch unter strenge Isolation gestellt war. Dies ist ein Bestandteil der aktuellen Verhandlungspolitik der Regierung in Ankara.

Doch der türkische Staatsapparat weist eine Reihe von ultranationalistischen Fraktionen in seinen repressiven Organen auf, denen dieser Kurs viel zu weit (in die falsche Richtung) geht. Ferner bestehen strukturelle Querverbindungen von Teilen dieses Staatsapparats zu Mafiaorganisationen, zu faschistischen oder paramilitärischen Vereinigungen und rechten Milizen. Dies wurde in den Augen einer breiten Öffentlichkeit auffällig symbolisiert, als am 3. November 1996 ein Autounfall den so genannten Susurluk-Skandal auslöste. In dem Unfallauto hatten ein Mafiaboss, ein bekannter Aktivist der unter dem Namen „Graue Wölfe“ (bozkurtlar) faschistischen Miliz der rechtsextremen „Nationalistischen Aktionspartei“ (MHP), der stellvertretende Polizeichef von Istanbul und ein Abgeordneter der damals regierenden Mitte-Rechts-Partei DYP (Doğru Yol Partisi, „Partei des Rechten Weges“ von Premierministerin Tansu Ciller) gesessen. Seitdem ist der Begriff des „tiefen Staates“ – derin devlet – als Bezeichnung für diese Schattenstrukturen in breiteren Kreisen gebräuchlich.

Kurz nach den Morden von Paris sprachen nun auch französische Presseorgane, wie die sozialdemokratische Tageszeitung Libération, offen vom Verdacht einer Mordaktion aus ebendiesen Kreisen des „tiefen Staates“ heraus. Parallel dazu wird auch eine Tat etwa der faschistischen „Grauen Wölfe“ für möglich erachtet. Letztere aber ist – siehe oben – nicht unbedingt so weit von den als „tiefer Staat“ beschriebenen Strukturen entfernt. Vor allem für die Durchführung einer Tat, die eine größere Vorbereitung erfordert, können durchaus die Mittel staatlicher oder para-staatlicher Organe zum Einsatz gekommen sein – eventuell im Verbund mit anderen, vordergründig eigenständig agierenden Kräften. …

Bernard Schmid, Paris ■

Die Morde müssen sofort aufgeklärt werden

… Nach einer Abschiedsfeier mit Hunderttausenden Teilnehmern in der kurdischen Metropole Diyarbakir wurden die drei in Paris ermordeten Frauen nun in ihren Geburtsstädten in der Türkei und Kurdistan beerdigt. … Anzunehmen ist, dass die Täter den derzeitigen Friedensdialog torpedieren wollten, der zwischen Vertretern der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali wieder aufgenommen wurde. Dieser Dialog sollte trotz des Anschlags auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Dass Vertreter der AKP Regierung und ein Teil der Medien des Landes die These einer parteiinternen Abrechnung innerhalb der PKK und einen Anti-Terrorismusdiskurs und nicht das Mitgefühl mit den Hinterbliebenen sowie eine schnelle Aufklärung des Verbrechens ins Zentrum ihrer Äußerungen stellen, ist verantwortungslos, zynisch und für eine Friedensperspektive kontraproduktiv. Auch die erneuten völkerrechtswidrigen Luftangriffe auf vermeintliche Guerillastellungen in den Kandilbergen verhindern die Erfolgsaussichten eines Dialogs.

Die französische Regierung ist jetzt gefragt die gezielten politischen Morde sofort aufzuklären. Aus Gerichtsverfahren gegen kurdische AktivistInnen in Paris ist bekannt, dass das Kurdistan Informationszentrum, in dem die drei Frauen ermordet wurden, wie auch führende kurdische AktivistInnen in Paris, 24 Stunden am Tag observiert werden. Insofern ist naheliegend, dass die Täter im Tatzeitraum seitens französischer Sicherheitskräfte wahrgenommen oder dokumentiert worden sein müssen.

Bereits 2011 wurden Berichten zufolge Hinrichtungskommandos aus türkischen Regierungskreisen nach Europa entsandt, um führende Exilpolitiker ermorden zu lassen. Remzi Kartal (Vorsitzender des Kongra-Gel), Haci Ehmedi (Vorsitzender der iranischen PJAK) und Zübeyir Aydar (Mitglied des KCK-Exekutivrates) waren deren Ziele. Die deutsche und die belgische Polizei hatten aufgrund der Ernsthaftigkeit der Bedrohung Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Polizeiangaben zufolge wurden folglich zwei Hinrichtungskommandos festgenommen. In Belgien teilte die Polizei kurdischen Exilpolitikern 2012 in Charleroi mit, dass ein Attentat auf sie vereitelt worden sei. In diesem Zusammenhang und im Bewusstsein der engen Zusammenarbeit des französischen und weiterer europäischer Geheimdienste mit dem türkischen Geheimdienst ist fraglich, ob und inwieweit ein unbemerktes Vorgehen der Mörder von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Frankreich überhaupt möglich war – und inwieweit die jeweiligen Geheimdienste von den Anschlagsplänen wussten oder in das Geschehen verstrickt sind. … Ein von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichtes Dokument der US-Botschaft in Ankara aus dem Jahr 2007 benennt die als „Finanzexpertin „ und „Strategin“ bezeichnete Sakine Cansız als „Topziel“, das es auszuschalten gilt. Europäische Behörden sollten demnach veranlasst werden, Cansız „einzukerkern“.

Um derartige Morde zukünftig zu verhindern, muss seitens der Bundesregierung der Dialog mit kurdischen ExilpolitikerInnen und Migrantenselbstorganisationen gesucht werden, anstatt diese zu kriminalisieren. In einem solchen Dialog können u.a. Perspektiven des Lebens kurdischer MigrantInnen in der Bundesrepublik und Wege zur Unterstützung des erneut begonnenen Friedensdialogs Thema sein. In diesem Rahmen sollte aber auch der Schutz der kurdischen ExilpolitikerInnen in der Bundesrepublik diskutiert werden…

Sevim Dagdelen, MdB Die Linke • Heidrun Dittrich, MdB Die Linke • Andrej Hunko, MdB Die Linke, Mitglied in der parlamentarischen Versammlung des Europarats Ulla Jelpke, MdB Die Linke. • Ingrid Remmers, MdB Die Linke • Harald Weinberg, MdB Die Linke • Cansu Özdemir, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft, Die Linke • Martin Dolzer, Soziologe ■

CDU setzt auch weiterhin auf die Ausgrenzung von Flüchtlingen

Nachdem es zunächst den Anschein hatte, dass auch die niedersächsische Landesregierung sich, wenn auch schwerfällig, vom strammen Ausgrenzungskurs der vergangenen Jahre verabschieden und auf die Linie anderer Bundesländer schwenken würde, die auf die Schikanierung von Asylsuchenden durch die Ausgabe von „Wertgutscheinen" verzichten, hat Innenminister Uwe Schünemann nun erneut deutlich gemacht, dass er an einer weiteren Diskriminierung von Asylsuchenden um jeden Preis festhalten will. Die Stadt Göttingen wurde mit Schreiben des Innenministeriums vom 28.12.2012 förmlich angewiesen, Leistungen an Flüchtlinge auch weiterhin durch Gutscheine zu gewährleisten. Im Unterschied etwa zu Thüringen, das die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Sommer 2012 zum Anlass nahm, den Kommunen die Gewährung von Bargeldleistungen zu ermöglichen, hält der niedersächsische Innenminister damit an einer Politik der Ausgrenzung und „Abschreckung" fest.

Die Stadt Göttingen hat in dankenswerter Klarheit diese harte Linie krisisiert, leider jedoch nicht den Mut aufgebracht, zu remonstrieren (Einwendung) und es auf einen Rechtsstreit mit dem Land Niedersachsen ankommen zu lassen, wie der Arbeitskreis Asyl Göttingen zu Recht kritisiert. Die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen haben mittlerweile den Kommunen die Gewährung von Barleistungen an Flüchtlinge ermöglicht. Lediglich das Saarland, Bayern und Niedersachsen halten noch an dem Zwang fest, Flüchtlinge durch Gutscheine oder Sachleistungen zu schikanieren. Um den Flüchtlingen die Diskriminierung an der Ladenkasse zu ersparen, werden Gutscheine in etlichen Kommunen (u.a. Celle, Lüneburg, Oldenburg, Göttingen, Hildesheim, Hannover) in Bargeld umgetauscht (siehe z.B. Lüneburg).

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 7.1.2013 ■

Mecklenburg-Vorpommern:

Flüchtlingsrat begrüßt den Winterabschiebestopp

Abschiebungen besonders schutzbedürftiger Menschen aus den Balkanstaaten bis 31.12.2013 ausgesetzt

Die Bundesländer Schleswig-Holstein, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bremen und jetzt auch Mecklenburg-Vorpommern haben einen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge erlassen.

Ulrike Seemann-Katz (Vorsitzende des Flüchtlingsrates MV) begrüßt die Entscheidung des Innenministeriums MV: „Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern freut sich über die längst fällige Regelung, von Abschiebungen in Balkanstaaten in den Wintermonaten bis zum 31.3.2013 abzusehen und stimmt mit dem Innenministerium überein, dass Rückführungen zu humanitären Härten führen können.

In Serbien, Mazedonien und im Kosovo sind Roma, Ashkali und Ägypter rassistischer Diskriminierung ausgesetzt, vor der die Staaten sie nicht wirksam schützen. Die extreme Diskriminierung führt dazu, dass viele Betroffene in kaum beheizbaren Behelfssiedlungen leben müssen oder sich in Obdachlosigkeit befinden. Im Winter verschärft sich ihre Lebenssituation dramatisch.

Familien mit minderjährigen Kindern, Frauen und alte Menschen sowie kranke, schwangere und pflegebedürftige Personen zählen laut Regelung zu den besonders schutzbedürftigen Personen und sollen deshalb nicht in die Balkanstaaten zurückgeführt werden.

Für die Entscheidung, ob ein Flüchtling als besonders schutzbedürftig eingeordnet wird, ist darüber hinaus von Bedeutung, wie der Winter verläuft und in welche Wohnraumsituation die Flüchtlinge zurückkehren müßten. Die Einschätzung der jeweiligen Situation obliegt den einzelnen Ausländerbehörden. „An dieser Stelle sollte es eine einheitliche Regelung geben, so dass die Chancen für alle Flüchtlinge unabhängig von ihrem Wohnort gleich sind. Entweder besteht die Gefahr zu erfrieren und zu verhungern oder nicht." so Ulrike Seemann-Katz.

Die Landesflüchtlingsräte fordern einen bundeseinheitlichen Abschiebestopp im Bund und in allen Bundesländern.

Quelle: Pressemitteilung, 15.1.2013 http://www.fluechtlingsrat-mv.de (Mecklenburg-Vorpommern) ■

Flüchtlingsrat fordert Winterabschiebungsstopp auch in Niedersachsen

Bundesversammlung der Flüchtlingsräte am 10. und 11. Januar in Hannover

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, dem Beispiel der Bundesländer Schleswig-Holstein, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bremen zu folgen und einen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus Balkanstaaten zu erlassen. In Serbien, Mazedonien und im Kosovo sind Roma, Ashkali und Ägypter vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt, vor der die Staaten sie nicht wirksam schützen. Die extreme Ausgrenzung führt dazu, dass viele Betroffene in kaum beheizbaren Behelfssiedlungen leben müssen oder sich in Obdachlosigkeit befinden. Im Winter verschärft sich ihre Lebenssituation dramatisch.

Familien und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, allein reisende oder schwangere Frauen, Menschen über 65 Jahre, Kranke und Pflegebedürftige dürfen wegen der in der kalten Jahreszeit besonders prekären Lebensbedingungen nicht zwangsweise zurückgeschickt werden – dies erklärte der Bremer Innensenator Mäurer vor Weihnachten. Ebenso wie Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner führte er aus, ein Abschiebungsstopp sei „ein Gebot der Humanität".

Eine solche humanitäre Geste erwartet der Flüchtlingsrat auch vom niedersächsischen Innenminister, der sich zum Thema bislang in Schweigen hüllt. Auch für den Monat Januar ist eine Sammelabschiebung von Flüchtlingen per Charterflug nach Belgrad und Pristina zu erwarten. Dass der Zufall der Wohnverpflichtung in diesem oder jenem Bundesland über den Schutz von Balkan-Flüchtlingen vor dem drohenden Erfrieren entscheidet, ist sachlich niemandem vermittelbar.

Die Konferenz der Flüchtlingsräte wird sich am 10. und 11. Januar mit den unterschiedlichen Standards der Flüchtlingspolitik in einzelnen Bundesländern beschäftigen und auch die Flüchtlingspolitik des Landes Niedersachsen einer kritischen Würdigung unterziehen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen Hildesheim/Hannover 11.1.2013 ■

Stadt Göttingen „muss" weiterhin Wertgutscheine auszahlen

Wie einer Pressemitteilung der Stadt Göttingen zu entnehmen ist, muss die Stadt weiterhin am diskriminierenden Gutscheinsystem für Menschen mit Asylbewerberleistungsgesetz festhalten.

Die Stadt hatte letztes Jahr nach einem Urteil des Sozialgerichts Hildesheim (vergleiche) angekündigt in Zukunft statt Wertgutscheinen Bargeld auszuzahlen, allerdings nur unter der Bedingung, dass das niedersächsische Innenministerium zustimmt. Unter dieser Bedingung hätte die Stadt auch gleich die Abschaffung der Schwerkraft ankündigen können, da klar war, dass das Innenministerium unter dem derzeitigen Innenminister Uwe Schünemann dieses Vorhaben unterbinden wird. Uwe Schünemann hat, selbst nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil, welches klar besagt, dass Menschenwürde nicht migrationspolitisch relativiert werden darf, immer wieder betont wie wichtig die Ausgabe von Wertgutscheinen statt Bargeld sei, da es ansonsten zu einer vermehrten Zuwanderung nach

Deutschland käme.

Oberbürgermeister Meyer bedauert zwar die Entscheidung: „Ich wünsche mir, dass das Land Niedersachsen wie eine Vielzahl anderer Bundesländer seine Haltung zum Asylbewerberleistungsgesetz überdenkt und den Kommunen vor Ort den notwendigen Ermessensspielraum gibt, die Leistungen an Asylbewerber in Bargeld auszuzahlen. Die Ausgabe von Wertgutscheinen erzeugt hohen Verwaltungsaufwand und ist für die Betroffenen diskriminierend.(...)“ allerdings scheinen uns diese Äußerungen parteipolitische Lippenbekenntnisse im Wahlkampf zu sein. Schließlich musste erst das Sozialgericht in Hildesheim die Stadt dazu zwingen, Nachzahlusngen in Bargeld, statt in Gutscheinen auszugeben, obwohl dies sogar vom Innenministerium erlaubt war.

Wenn die Stadt wirklich interessiert wäre an geringerem Verwaltungsaufwand und vielleicht auch an diskriminierungsfreiem Einkaufen müsste sie einmal den Gerhorsam verweigern und es im Zweifelsfall auf einen Rechtstreit ankommen lassen. Viel höher wäre der Verwaltungsaufwand sicherlich nicht und es wäre ein erster ernstzunehmender Schritt gegen rassistische Sondergesetze!

Quelle: Erklärung zur Beibehaltung des rassistischen Gutscheinsystems durch die Stadt Göttingen Antirassistisches Aktionsplenum, Göttingen im, 7.1.2013 ■

Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Bleiberecht jetzt!

In einer Information des Flüchtlingsrats Niedersachsen teilt dieser mit:

„Es mehren sich Anzeichen dafür, dass Abschiebungen nach Afghanistan – trotz der absehbaren Eskalation nach dem für 2014 geplanten Rückzug der NATO-Truppen – wieder vollzogen werden könnten. Zwar teilte das niedersächsische Innenministerium unter Bezugnahme auf das legendäre „Kamingespräch“ der Innenminister aus dem Jahr 2005 im vergangenen Jahr mit, man habe Abschiebungen nach Afghanistan bislang nicht vollzogen und dies auch in Zukunft nicht geplant (ausgenommen: Straftäter). Gleichzeitig verwies das MI aber auf den Beschluss der IMK vom 19.11.2004, TOP 3.1, der die einzige schriftlich fixierte Grundlage darstelle und weder geändert noch aufgehoben worden sei. Danach sind Abschiebungen nach Afghanistan sehr wohl möglich, und in Bayern werden sie bereits umgesetzt“. Einer Meldung von http://d-nako.jogspace.net/ ist zu entnehmen, dass die Bayerische Staatsregierung bereitet derzeit Abschiebungen nach Afghanistan vor. Davon potentiell betroffen sind mehr als 3000 afghanische Flüchtlinge, die zur Zeit in Bayern leben. Deshalb protestieren jetzt afghanische Flüchtlinge in einer bayernweiten Kampagne gegen die unmenschlichen Pläne der Regierung, Menschen in ein Land abzuschieben, das sich im Krieg befindet.“

Quelle: Niedersächsischer Flüchtlingsrat 14.1.2013 ■

In der EU droht Dammbruch bei Inhaftierung Schutzsuchender

„Wenn das EU-Parlament der Verabschiedung der neuen Aufnahmerichtlinie zustimmt, drohen weitere Verschlechterungen für Asylsuchende in der EU. Die vorgesehenen zahlreichen Haftgründe kommen einem Freibrief zur willkürlichen Inhaftierung Schutzsuchender gleich“, warnt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zur nun vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion zur Neufassung der Aufnahmerichtlinie (BT-Drs. 17/11927).

Jelpke weiter:

„Die Mitgliedstaaten mit den restriktivsten Regelungen bei der Inhaftierung Asylsuchender haben den Takt bei der Abfassung der Aufnahmerichtlinie vorgegeben. In zwölf von 26 EU-Staaten gibt es derzeit Regelungen, die eine Inhaftierung während des noch laufenden Asylverfahrens ermöglichen. Diese Minderheit von Staaten hat sich in den Verhandlungen durchgesetzt. Ihre Regeln werden die künftige EU-Norm im Umgang mit Schutzsuchenden sein.

Das wirft ein Schlaglicht auf die Bemühungen der EU-Kommission, das Asylrecht zu harmonisieren. Statt deutlich höhere Standards zu setzen, wird der niedrigste Standard zum Gemeingut erklärt. Rechtspopulistische Parteien quer durch den Kontinent können sich dadurch künftig auf EU-Recht berufen, wenn sie für einen härteren Umgang mit Asylsuchenden trommeln. Die EU bezeichnet sich selbst als Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. Doch jene, die vor Unsicherheit und Unrecht fliehen, werden in der EU leichtfertig ihrer Freiheit beraubt, als handele es sich um rechtlose Kriminelle. Das Europäische Parlament darf diesem schäbigen und menschenrechtswidrigen Umgang mit Schutzsuchenden auf keinen Fall zustimmen!

Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung dieser Richtlinie überhaupt zugestimmt hat. Denn auch nach ihrer Auffassung sind einige der vorgesehenen Inhaftierungsmöglichkeiten mit den Vorgaben des Völker- und Verfassungsrechts nicht vereinbar. Ihre Zusicherung, hiervon keinen Gebrauch machen zu wollen, ist nichts wert, denn sie bindet nachfolgende Regierungen in keiner Weise. Zusammen mit dem Europäischen Parlament sollte sie sich vielmehr in den Abschlussverhandlungen zum Asylpaket für die Sicherheit, die Freiheit und das Recht von Asylsuchenden in der EU einsetzen.“

Quelle: Pressemitteilung www.ulla-jelpke.de, 16.1.2013 ■

Deutschland wird sich auf mehr Flüchtlinge einstellen müssen

PRO ASYL fordert, die Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende zu erhöhen

Im Jahr 2012 wurden nach Medienberichten in Deutschland 64539 Asylanträge gestellt, rund 41 Prozent mehr als im Vorjahr. „Nicht die Zahl ist dramatisch, sondern die Situation der Schutzsuchenden“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL in Frankfurt.

Unverändert erreicht nur ein geringer Teil der Flüchtlinge Europa. Weltweit sind nach Angaben des UNHCR 43 Millionen Menschen auf der Flucht. In vielen Herkunftsstaaten ist eine kurzfristige Verbesserung der Menschenrechtslage nicht zu erwarten. Angesichts des eskalierenden Konflikts in Syrien, der instabilen Lage in Afghanistan und im Irak und der anhaltenden Verfolgungssituation in Staaten wie dem Iran muss Deutschland davon ausgehen, dass auch in den kommenden Monaten und Jahren Menschen keine andere Chance für ihr Überleben sehen als die Flucht. Deutschland und die anderen EU-Staaten werden sich auf mehr Flüchtlinge einstellen müssen.

PRO ASYL fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, die Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge zu erhöhen. Deutschland hat nach dem Rückgang der Asylbewerberzahlen von 1995 bis zum Wiederanstieg im Jahr 2008 kontinuierlich Aufnahmekapazitäten abgebaut. Die Annahme, die Folgen von Konflikten wie im Irak, in Afghanistan oder in Syrien würden Deutschland nicht erreichen, hat sich als Trugschluss herausgestellt. Nur langfristige und realistische Planungen können verhindern, dass Flüchtlinge in provisorischen Notunterkünften untergebracht werden müssen.

PRO ASYL erwartet, dass trotz der gestiegenen Asylanträge jeder Einzelfall sorgfältig und unvoreingenommen geprüft wird. Schnellverfahren, bei denen Asylsuchenden aus Staaten wie Serbien und Mazedonien trotz drastischer Berichte über rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung de facto Asylmissbrauch unterstellt wird, sind das Gegenteil einer unvoreingenommenen Prüfung. Die Realität in Serbien und Mazedonien steht in krassem Gegensatz zur extrem niedrigen Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus diesen Staaten. Wer behauptet, eine niedrige Anerkennungsquote dokumentiere, dass in dem betreffenden Staat keine relevanten Fluchtgründe vorlägen, argumen-

tiert mit einem gefährlichen Zirkelschluss.

Innenminister Friedrich betonte, Deutschland müsse „für syrische Flüchtlinge Kapazitäten bereithalten, die nicht von denen in Anspruch genommen werden dürfen, die aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien oder Mazedonien kommen.“ Tatsächlich verhindert Deutschland die Einreise syrischer Asylsuchender. Syrische Flüchtlinge, die bei in Deutschland lebenden Verwandten Schutz suchen wollen, erhalten in vielen Fällen keine Einreise-Visa. PRO ASYL fordert Visa-Erleichterungen für Syrer und ein ad-hoc-Aufnahmeprogramm für Schutzsuchende aus Syrien.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 15. Januar 2013 ■

Sozialgericht Hildesheim:

Erhebliche Bedenken gegen Gutscheinpraxis

Sozialgericht Hildesheim äußert erhebliche Bedenken gegenüber Gutscheinvergabepraxis für Asylbewerber und setzt Hauptverhandlung bereits im Februar an

Das Sozialgericht Hildesheim hat in einem nichtöffentlichen Erörterungstermin am 9.1.2013 erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gutscheinvergabe von Stadt und Landkreis Göttingen an Asylbewerber geäußert und anschließend eine Hauptverhandlung bereits für Ende Februar 2013 angesetzt.

Nach Erläuterung der Vergabepraxis durch Vertreter der Verwaltungen teilte der Vorsitzende der 42. Kammer, Richter am Sozialgericht Rühling, mit, dass er die derzeitige Praxis für rechtlich bedenklich halte. Sinngemäß sagte er, dass letztlich nicht die Kassiererinnen und Kassierer des Einzelhandels entscheiden dürften, was zur Deckung des Existenzminimums konkret eingekauft werde. Es müsse zudem zumindest sichergestellt sein, dass es nicht zu entwürdigenden Szenen an der Kasse komme. Auch bei der Ermessensfrage der Kommunen hinsichtlich der Entscheidung über die Art der Leistungsvergabe äußerte Rühling Bedenken gegenüber der derzeitigen Rechtsauffassung von Stadt und Landkreis. Das eingeräumte Ermessen sei angesichts des Wortlauts in § 3 Abs. 2 S. 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) unzweifelhaft.

„Die Tür für eine Abschaffung der Gutscheine in Göttingen ist damit weiterhin offen. Sowohl die Stadt als auch der Landkreis haben aber leider trotz entsprechender Zustimmung des Gerichts ihrerseits die Zustimmung zur Veröffentlichung des bereits vorliegenden Protokolls des Erörterungstermins vom 09.01.2013 ohne Begründung verweigert“, teilt Rechtsanwalt Sven Adam mit, der für die Antragsteller an dem Termin vor dem Sozialgericht teilgenommen hatte.

Der Streit um die Gutscheinvergabepraxis in Niedersachsen ist wieder aufgeflammt, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 18.07.2012 die Leistungen nach dem AsylbLG für verfassungswidrig erklärt und die Leistungen in einer Übergangsregelung angehoben hatte. Denn das Gericht hatte zudem erklärt, dass die Sicherung des Existenzminimums aller hier lebenden Menschen auch aus migrationspolitischen Gründen wie z.B. Abschreckung nicht relativiert werden könne. Migrationspolitische Gründe waren seinerzeit aber ausschlaggebend, um die Wertgutscheine als Leistungsform überhaupt in das Asylbewerberleistungsgesetz aufzunehmen.

Die öffentliche Hauptverhandlung zu dem Streit um die Gutscheinvergabe an eine in Göttingen lebende Kubanerin und ihre beiden Töchter findet am 25.2.2013 ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgerichts Göttingen statt.

Diese Pressemitteilung wurde vorab den Verwaltungen von Stadt und Landkreis Göttingen sowie dem Sozialgericht Hildesheim zur Vorbereitung auf eventuelle Presseanfragen übermittelt.

Quelle: PM von Rechtsanwalt Sven Adam, Göttingen / Flüchtlingsrat Niedersachsen 15.1.2013 ■

Asylantrag von André Shepherd kommt vor Europäischen Gerichtshof

Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht München abgesetzt

von Pro Asyl, Connection e.V., Flüchtlingsrat Bayern, DFG-VK Bayern, MAPC und MCN

Gestern teilte das Verwaltungsgericht München dem von US-Deserteur André Shepherd beauftragten Rechtsanwalt Reinhard Marx mit, dass die für kommenden Mittwoch angesetzte Verhandlung zum Asylantrag abgesetzt wird. Das Verwaltungsgericht München wird ein Vorabentscheidungsersuchen an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg richten und deshalb das Verfahren aussetzen. Es entspricht damit dem Antrag von RA Reinhard Marx.

Pro Asyl, das Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V., der Flüchtlingsrat Bayern, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Bayern, Munich American Peace Committee (MAPC) und Military Counseling Network e.V. (MCN) begrüßen diesen Schritt des Verwaltungsgerichtes.

André Shepherd berief sich mit seinem Ende 2008 gestellten Asylantrag auf die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, mit der diejenigen geschützt werden sollen, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. Damit ist das Asylbegehren von André Shepherd ein Präzedenzfall, der europäisches Recht berührt. Mit der Klärung der anstehenden Fragen durch das höchste Gericht der Europäischen Union erhoffen sich die Organisationen Klarheit darüber, dass Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren ein deutlich erhöhter Schutz zuteil wird, insbesondere, wenn sie sich gegen die Teilnahme an Kriegsverbrechen entscheiden.

Der 35-jährige André Shepherd war 2004 zur US-Armee gegangen und sechs Monate als Mechaniker für den Apache-Hubschrauber im Irak eingesetzt. Nachdem er zurück zu seiner Einheit nach Katterbach (Bayern) gekommen war, setzte er sich intensiv damit auseinander, wie das US-Militär im Irak gegen die Zivilbevölkerung vorgeht. Schließlich verließ er das Militär und beantragte in Deutschland Asyl. Das Bundesamt für Migration lehnte seinen Asylantrag am 31. März 2011 ab. André Shepherd reichte hiergegen Klage ein.

Quelle: http://www.connection-ev.org 14.1.2013 ■

Protest gegen Flüchtlingslager bei Merkel-Auftritt

AktivistInnen protestieren während des Wahlkampfauftritts von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Stadthalle Osnabrück. Kaum hat Ministerpräsident David MacAllister seine Wahlkampfrede beendet, als auf der Empore Transparente entrollt werden. Passend zum christlichen Hintergrund der Union bekamen die Besucherinnen und Besucher zunächst einen Bibelspruch von Jesus aus dem Matthäusevangelium zu lesen: „Was ihr den Geringsten angetan habt, das habt ihr mir getan“, darunter die Forderung: „Flüchtlingslager abschaffen!“. Auf dem zweiten Transparent folgte ein Zitat von Papst Benedikt: „Auch Jesus war ein Flüchtling“.

Zwar dürfen Flüchtlinge in Niedersachsen nicht wählen, betroffen von der Landespolitik sind sie aber in besonderem Maße. Die Unterbringung von Asylsuchenden in Sammelunterkünften für hunderte von Menschen, die von den MigrantInnen als Lager bezeichnet werden, wurden bereits vor 10 Jahren von der SPD-Alleinregierung eingeführt. Auch unter CDU-FDP-Regierung hat sich an dem menschenunwürdigen Umgang mit Geflüchteten nichts geändert.

Seit Jahren protestieren Flüchtlinge gegen ihre Isolation in den abgelegenen und überbelegten Einrichtungen. Im Wahlkampf haben sich Linke und Grüne für die sofortige Schließung der niedersächsischen Flüchtlingslager (Bramsche-Hesepe, Braunschweig, Friedland) ausgesprochen, SPD und CDU schweigen sich hingegen aus.

Bis zum Ende der Veranstaltung wurden Transparente gezeigt, Flugblätter verteilt und es kam zu kurzen Wortwechseln zwischen der Bundeskanzlerin und AktivistInnen. Mit Rufen wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller

Stavelot – Kriegsverbrechen im Dezember 1944

Am 7. Oktober 2012 führte die VVN-BdA Aachen mit Bruno Kartheuser eine Ostbelgien-Rundfahrt zu Stätten des Krieges, von Verfolgung und Widerstand durch. Die Rundfahrt begann in Stavelot, wo im Dezember 1944 die 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ ein Massaker an 164 Personen durchführte.

Die von Bruno Kartheuser herausgegebene Literaturzeitschrift „KRAUTGARTEN“ hatte 1994 eine Dokumentation dieses Kriegsverbrechens herausgegeben. Anlässlich dieser Ostbelgien-Rundfahrt hat der Krautgarten diese vergriffene und empfehlenswerte (zweisprachige) Dokumentation nun neu aufgelegt, sie kann über direkt über die Edition Krautgarten bezogen werden oder über den Buchhandel:

Bruno Kartheuser (Hg.), Documentation Crimes de guerre Stavelot décembre 1944 / Dokumentation Kriegsverbrechen Stavelot Dezember 1944. RÉÉDITION / NEUAUFLAGE, Beilage (8 Seiten) / Annexe (8 pages), edition KRAUTGARTEN, 2012, 125 S., 22 Euro Euro.

Versand franco gegen Überweisung von 22 Euro auf das Konto des KRAUTGARTEN Neundorf. IBAN: BE09 3480 7728 8957 – BIC: BBRUBEBB

Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Neuauflage durch Bruno Kartheuser wurde die Inhalte vorgestellt. Hier Auszüge:

Das Buch von 1994 war der Nachdruck des offiziellen Berichts der beim Justizminister eingesetzten Kommission für Kriegsverbrechen von 1946. Der Stavelot-Bericht war der erste von 100 Berichten. Unser Buch enthielt außerdem die deutsche Übersetzung, ein Vorwort von Arthur Haulot, der selbst Häftling von Dachau gewesen war, die Schilderung von René Roussaux aus Stavelot, damals junger Widerständler, der am 19. Dezember seine Eltern in Renardmont verlor. Schließlich hatte ich einen Artikel über den Lütticher Prozess von 1948 verfasst, bei dem 12 Angeklagte vor Gericht standen.

Das Buch wurde positiv in Stavelot aufgenommen, aber stieß auf Vorbehalte wenn nicht gar Ablehnung in der deutschsprachigen Gegend. Die Eupener Regierung kaufte 250 Exemplare, um sie an die Schulen und Bibliotheken zu verteilen. Eine Verteilung hat nicht stattgefunden. Ich habe lange über dieses seltsame Verhalten nachgegrübelt. Eine der Folgen war die Fortsetzung meiner Nachforschung über den Nazismus, – stärkstes Zeugnis meine Tetralogie über die Erhängungen von Tulle im Juni 1944, an denen ein St. Vither aktiv mitgewirkt hatte.

Warum kommen wir heute auf die Ereignisse von Stavelot zurück, am 68. Jahrestag? Es ist zunächst eine Verneigung vor den Opfern. Wir reden von ihnen, wir verbreiten die Kunde von dem schrecklichen Unrecht, das ihnen angetan worden ist und das von der menschlichen Gerechtigkeit auch nicht annähernd wiedergutgemacht worden ist. Wir heben die Einsamkeit und die Verlassenheit auf, in denen sie als Mordopfer gestorben sind. Dann ist es eine Leseübung und ein Akt der Bewusstseinsbildung. Frankophone und Deutschsprachige lesen denselben Bericht zum selben Ereignis. Wir hoffen so, die Sichtweisen einander näher zu bringen und die Leser davon zu überzeugen, dass es keine zwei Möglichkeiten gibt, dieselben Tatsachen, die ein Verbrechen darstellen, einzustufen. Es gibt nur eine Sprache des Rechts, der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, jenseits der Logik der jeweiligen Uniform.

Es gilt nach wie vor, der Nazi-Sprache entgegenzutreten, dem Nazi-Recht, den Nazi-Worthülsen, mit denen das Unrecht rhetorisch geradegebogen wurde, um das Verbrechen verbal zu legitimieren, so wie es überall in Europa praktiziert wurde.

Ich habe oft in meiner Gegend den Satz gehört: „Du weißt doch: das ist, weil zuerst Heckenschützen auf sie geschossen haben, da mussten sie zurückschlagen.“ Das sind die Formeln der Nazisprache, die unausrottbar sind. Nie ein Schuldeingeständnis, immer die Unschuldsbehauptung. Dasselbe nach den Ereignissen von Tulle, von Oradour, und an den tausend andern Orten im deutschen Machtbereich, an denen Massenverbrechen stattgefunden haben. Das erste Gebot ist daher, die Fakten exakt zu ermitteln. Das ist die Aufgabe der Historiker und der Justiz.

Gleichzeitige Lektüre und Solidarität im Leid: Kurz nach dem Massaker in Stavelot wurden Malmedy und St.Vith dem Erdboden gleichgemacht. Es ist keine menschliche Lösung zu sa-

---

Welt“ wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Fluchtursachen weltweit in erster Linie von der Politik der Industrieländer verantwortet werden.

Das Publikum reagierte erstaunlich entspannt, es kam sogar zu breitem Applaus und Beifallsbekundungen. Nach dem Ende von Merkels Auftritt konnten die Protestierenden unbehelligt von dannen ziehen.

Quelle: Pressemeldung NOLAGER Osnabrück – Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.01.2013 ■

‚Residenzpflicht'-Prozess vor dem Landgericht Potsdam

Am Dienstag den 29. Januar kommt das Verfahren wegen Residenzpflichtverletzung von Bisso G. vor das Landgericht Potsdam. Dem kamerunischen Flüchtling, der in Rathenow lebt, wird vorgeworfen, sich im Mai 2009 ohne „Urlaubsschein“ in Berlin aufgehalten zu haben. Sein Verteidiger hat mehrere Anträge angekündigt, mit denen die Verfassungswidrigkeit der ‚Residenzpflicht‘ aufgezeigt werden sollen.

Justizias Mühlen mahlen langsam. So langsam, dass sie ins Leere laufen, da sie von der Entwicklung überholt sind. Eigentlich überholt sein sollten. Im Juli 2010 wurde die ‘Residenzpflicht’ in Berlin und Brandenburg gelockert, seitdem können Flüchtlinge aus Brandenburg eine „Dauerverlassenserlaubnis“ nach Berlin beantragen, ohne Angabe des Reisezwecks, ohne zeitliche Begrenzung. Theoretisch, denn es gelten Ausnahmeklauseln, z.B. wenn die Ausländerbehörde ihnen vorwirft, nicht genügend bei der Beschaffung von Ausweispapieren mitzuwirken.

Trotz der ‘Lockerungen’ verfolgt die Justiz jeden Altfall, bei dem noch die Beschränkung des Aufenthalts auf den Landkreis galt. So ein „Altfall“ ist Bisso G. Das banale Delikt: Bisso wurde im Mai 2009, also vor mittlerweile mehr als dreieinhalb Jahren, von der Polizei im Prenzlauer Berg in Berlin kontrolliert. Er hatte keinen „Urlaubsschein“ bei sich. Es folgte die Meldung an die Ausländerbehörde Rathenow in Brandenburg, der erste Prozess vor dem Amtsgericht Rathenow, wo er im März 2010 zu einer Geldstrafe von 80 Euro verurteilt wurde, die Aufhebung dieses Urteils wegen „schwerwiegender Rechtsfehler“ durch das Oberlandesgericht, der zweite Prozess im Mai 2011 vor dem Amtsgericht Rathenow, wo der Richter Bisso G. zu einer Geldstrafe von 150 Euro verurteilte. Und nun die Verhandlung vor dem Landgericht Potsdam am 29. Januar.

Zu hoffen ist, dass es sich das Landgericht Potsdam nicht so einfach macht wie seinerzeit der Rathenower Amtsrichter, der alle Anträge zu Fragen der Verfassungsmäßigkeit der ‚Residenzpflicht‘ pauschal ablehnte. Wir fordern nichts anderes als einen Freispruch!

Quelle: http://www.residenzpflicht.info 14. Januar 2013 ■

gen: Jedem sein Leid! Die Menschlichkeit erweist sich darin, dass man auch das Leid des Nachbarn zur Kenntnis nimmt und respektiert. Wäre es denn unvernünftig, wenn Schülerklassen von Stavelot St-Vith besuchten und Zeugnisse anhörten über die große Trostlosigkeit, die damals herrschte. Dass St. Vither Schülerklassen Stavelot und die umliegenden Dörfer besuchten und entdeckten, was sich dort abgespielt hat. Wir rufen die Menschen beiderseits der historischen und sprachlichen Grenzen auf, Gesten der Nachbarschaft und der Brüderlichkeit zu vollbringen.

Eine Belehrung: Der Krieg, den die Staveloter Bevölkerung bei sich im Dezember 1944 kennen lernte, war derselbe Krieg, der sich seit Anbeginn im Osten abspielte und von dem die 8700 Eingezogenen der Ostkantone Zeugen und zum Teil auch Mittäter geworden waren (selbst wenn viele den Dienst möglicherweise als Zwang empfunden haben).

Zum ersten Mal wurde dieser Krieg auch bei uns vor der Haustür sichtbar, direkt wahrnehmbar von den wallonischen Nachbarn und von den Deutschsprachigen. Zu diesem Krieg gehörten wesentlich der Terror, der Mord, die Geiselnahme und – hinrichtung, der Sadismus, die Verachtung aller Konventionen und aller Menschlichkeit.

Der Lütticher Prozess von 1948:

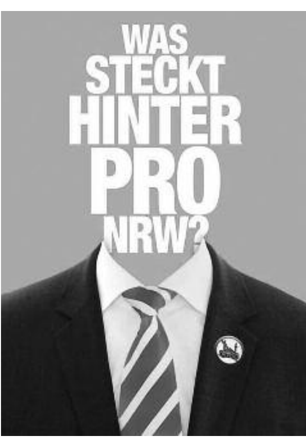
Zwölf SS wurden angeklagt. Der Prozess dauerte von April bis August. Er fand im Schatten des Prozesses von Dachau gegen die Baugnez-Angeklagten statt. Dieser Prozess dauerte 2 Monate, von Mai bis Juli 1946). Es gab 74 Angeklagte: 43 wurden zum Tode verurteilt, 30 zu lebenslänglich, 1 wurde nach Frankreich entlassen. Die Beanstandungen der Ermittlung führten zur Aufhebung aller Todesurteile und zur Milderung der übrigen Urteile. Der letzte Freigelassene war Jochen Peiper (22.12.1956).

Das Gedenken in Ostbelgien wird auf äußerst ängstliche Weise gehandhabt. Es gibt zwar gelegentliche Annäherungen an einzelne Schicksale von Opfern des Nazismus (z.B. Deportationen), ohne dass man sich allerdings mit den Tätern befasst. Unerforscht bleiben die Nazistrukturen vor Ort, auch wenn sie mörderische Begleiterscheinungen hatten. In der regionalen Mythologie, wie sie von der Regierung unterstützt wird, hat es nur Opfer gegeben, angefangen von den 8.700 Eingezogenen in Hitler-Uniform. Kein Ostbelgier ist je aufgefordert worden, sich über seine Teilnahme am Hitler-Krieg und über die eventuelle Teilnahme an Kriegsverbrechen zu erklären. Niemand ist verurteilt worden für Mitwirkung an Kriegsverbrechen. Meine Tulle-Recherche dokumentiert den Fall eines kriminellen Täters.

VVN-BdA Kreis Aachen

„Was steckt hinter Pro NRW?"

Dokumentation des Medienprojekts Wuppertal



Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „Die Dokumentation durchleuchtet die Ziele, Strukturen und Methoden von rassistischer Meinungsmache der rechtspopulistischen Partei Pro NRW. Am 27.10.2012 macht Pro NRW in Wuppertal-Elberfeld mit knapp 100 Personen eine Demonstration gegen den geplanten Bau einer neuen Moschee durch die DITIB-Gemeinde. Ein breites Bündnis von 1000 BürgerInnen protestiert friedlich dagegen. Der Film dokumentiert die Demonstration und lässt dabei auch die VertreterInnen von Pro NRW mit Ausschnitten aus Redebeiträgen und in Interviews mit ihren antimuslimischen und rassistischen Erklärungen zu Wort kommen. Auf der anderen Seite wird der Protest gegen Pro NRW gezeigt. Demonstranten unterschiedlicher Hintergründe erklären, warum sie gegen die islamphobische Hetze von Pro NRW demonstrieren und gegen den Rassismus und für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser Hintergründe in Wuppertal eintreten.

Weiterhin wurden für diesen Film Hintergrundinterviews mit zwei Wuppertaler Vertretern von Pro NRW zu den Zielen der Partei geführt, zu ihrer Einstellung gegenüber dem Islam und muslimischen MigrantInnen, ihrer Überfremdungsangstmache, der Präsentation der Mohammed- Karikaturen auf Demonstrationen als politisches Mittel der Agitation und den Verflechtungen von Pro NRW mit rechtsextremen Parteien und Gruppen.

Die Interviews und Statements von Pro NRW werden von den Experten Hans-Peter Killguss und Patrick Fels von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln politisch eingeordnet und mit weiteren Informationen und Analysen zu der Partei, ihren Zielen und Hintergründen ergänzt. Indem der Film die Rechtspopulisten von Pro NRW zu Wort kommen lässt – konterkariert und analysiert durch Gegendemonstranten und Experten –, verschafft er ein gutes Bild von deren rassistischem, chauvinistischen Weltbild und versteht sich so als politisches Aufklärungsmittel."

Die DVD kostet 10 Euro

Weitere Informationen und Film im Internet unter:

http://www.medienprojektwuppertal.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Verschwörungen überall

Junge Freiheit Nr. 51/12
4. Dezember 2012

Die Debatte um das NPD-Verbot ist für das Blatt Anlass, noch einmal seine Position zu dieser Partei darzulegen. Auf der einen Seite schreibt Blattautor Thorsten Hinz, die NPD habe sich „als Alternative zum herrschenden Parteiensystem erledigt“, weil ihr Ex-Vorsitzender z.B. Adolf Hitler historische Größe zuerkenne.

Auf der anderen Seite beschreibt Hinz die Verbotsbestrebungen als Ablenkungs- und Kriminalisierungsmanöver in der Euro-Krise.

Das Blatt, von Anfang an gegen die Einführung des Euros, betrachtet die EU als Fremdherrschaft. Die geforderte Verfassungstreue bedeute „für den deutschen Michel … seiner Ausplünderung und politischen Verwesung freudig zuzustimmen.“

Da sei die NPD schon anders: „Bei allen Defiziten ist die NPD bisher die – leider – einzige parlamentarische Kraft, die dagegen prinzipiellen Widerspruch erhebt. Der würde mit dem Parteiverbot gleich mit unter das Verdikt der politischen Kriminalität fallen.“

Das ist schon eine ziemlich abwegige Konstrukten, auf diesem Wege jedoch kann das Blatt jedoch das Bestehen der NPD und ihr Wirken unterstützen. Deshalb gibt es auch noch ein Interview mit dem jetzigen Parteivorsitzenden der NPD, Holger Apfel, der zum Verbotsverfahren mitteilt: „Wir werden deshalb auch 2013 diese Karte spielen und deutlich machen, dass ‚verbotene Früchte‘ am besten schmecken.“

Apfel spielt auf das Jahr 2004 an, in dem der NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren der Einzug in den sächsischen Landtag gelang.

Chefredakteur Dieter Stein sorgt sich um die Freien Wähler. Der ehemalige Präsident des BDI Olaf Henkel hat die „Wahlalternative 2013“ gegründet, um die Freien Wähler bei der Bundestagswahl zu unterstützen. Die Freien Wähler haben vor der Bundestagswahl allerdings noch den Wahlkampf um den bayerischen Landtag vor sich – und das Blatt sorgt sich, ob die Partei beides bewältigen kann.

Mal wieder Hoffnung auf das Wahljahr

Junge Freiheit Nr. 2/13
4. Januar 2013

In einer Art Vorschau auf das Wahljahr 2013 versucht sich Blattredakteur Michael Paulwitz als Prophet. Er macht drei große Politikbereiche aus, die eigentlich dazu führen müssten, dass die jetzigen Parlamentsparteien abgewählt werden müssten.

Diese Bereiche seien: Euro-Rettung, Energiewende und Multikulturalisierung. Aber: „Beharrungskräfte und Flexibilität der gut aufeinander eingespielten politisch-medialen Klasse sind beträchtlich …“

Dennoch hofft das Blatt mal wieder auf den Erfolg rechtsextremer Parteien: „Dennoch steigt der Druck im Kessel, sind die Risse im System unübersehbar …

Die prästabilisierte Harmonie von Parteienstaat und Medienmacht kann schneller als gedacht ins Wanken kommen und Räume für neue politsiche Konstellationen eröffnen. 2013 jährt sich übrigens auch der Beginn der deutschen Freiheitskriege zum zweihundersten Mal.

Eigentlich ein schöner symbolischer Zeitpunkt, um dem oft schon ungehört verhallten Ruf ‚Bürger auf die Barrikaden!‘ endlich einmal Taten folgen zu lassen.“ Da die Taten vermutlich doch nicht so einfach stattfinden werden, widmet sich das Blatt in einer neuen Serie der Heimat und findet „innerdeutsche“ Migrationshintergründe.

Das passt zusammen

Junge Freiheit Nr. 3/13
11. Januar 2013

Das Blatt hat Mitleid – mit dem ehemaligen Leiter des thüringischen Verfassungsschutzes Helmut Roewer – und führt gleich ein Interview mit ihm, das Roewer auch gerne gewährt.

Roewer war im Amt, als die NSU entstand und ihre ersten Mordtaten begang. Roewer bestreitet jede Mitschuld und bescheinigt dem Blatt, dass es „vom Standpunkt eines Verfassungsschützers … nicht übermäßig aufregend“ sei.

Roewer hat in seiner Amtszeit erhebliche Mittel für die Finanzierung von Spitzeln zur Verfügung gestellt und klagt jetzt, dass er mit dem Vorwurf konfrontiert wird, sein Verfassungsschutz habe Rechtsextremisten finanziert.

Ziemlich arrogant und beleidigt behauptet er, es gebe eine „fast ‚natürliche‘ Feindschaft der Presse gegenüber den Nachrichtendiensten.“ Denn die Presse hat sowohl seinen Lebenswandel wie auch seine Amtsführung kritisiert.

Frankreich als Vorbild?

Junge Freiheit Nr. 4/13
18. Januar 2013

Die Demonstration von mehreren Hunderttausend Franzosen gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe ist für das Blatt Anlass, ähnliches auch für die Bundesrepublik zu erträumen. Chefredakteur Dieter Stein wünscht, „dass der Funke aus Frankreich überspringt und wir uns vom phantasievollen Protest und Widerstandsgeist unserer gallischen Nachbarn inspirieren lassen.“

Das wünscht sich das Blatt allerdings nur sehr eingeschränkt. Wenn franzöische Arbeiter Betriebe besetzen oder Menschen der Sans-Papier-Bewegung demonstrieren, erlischt dieser Wunsch blitzartig.

U.D. ■